

Ostpreussischer Provinzial-Verlag
Eing. 19 JAN. 1905
J.-Nr. 348/05

— Bierzehnter Jahrgang. —

Nr. 2.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

2. Woche für die Zeit vom 6. bis 12. Januar 1905.

Posen, den 17. Januar 1905.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 8 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 11. Januar 1905:

Gestern fand eine Versammlung des Aufsichtsrats und des Vorstandes der Aktien-Gesellschaft Kurjer Poznański statt.

Bekanntlich sind unsere Blätter, soweit sie nicht aus einer mit ihnen verbundenen Druckerei oder Buchhandlung Unterstützung erfahren, auf Subvention angewiesen. In Ermangelung einer solchen müssen sie das Anlagekapital aufzehren. Diese Tatsache ist hinsichtlich des Kurjer Poznański eingetreten. Vor zwei Jahren ist die Erhöhung des Anlagekapitals, welches 30 000 Mark betrug, auf 60 000 Mark beschlossen worden. Dieser Beschluß ließ sich nicht durchführen wegen des Mangels an Käufern für die erhöhte Zahl der Aktien. Das Anlagekapital mußte mithin zusammenschmelzen. Der Käufer, auf den man rechnete, war die St. Adalbert-Druckerei und -Buchhandlung. Dieser Käufer, in dessen Druckerei der Kurjer Poznański infolge Auflösung der Druckerei des Herrn Fr. Tomaszewski vor kurzem hinübergewandert war, hat es abgelehnt, den Kurjer zu übernehmen; es mußte mithin der Beschluß gefaßt werden, eine Generalversammlung der Aktionäre einzuberufen, um letzteren Anträge hinsichtlich der Auflösung der Herausgabe des Blattes vom 1. April d. Js. ab zu unterbreiten. Diese Versammlung wird am 26. d. Mts. um 4 Uhr Nachmittags in den Räumen des Kurjer Poznański, Berlinerstraße 5, stattfinden.

Es ist zu bedauern, daß sich nicht Leute gefunden haben, die ein Blatt mit so vieljähriger Tradition im Dienste der Kirche und der Volksgemeinschaft selbst unter Opfern erhalten hätten.

Aus Nr. 7 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. Januar 1905:

Das schlafende Heer.

Jahre schon leuchtete sie in Knechtschaft. Die eisernen Schellen hatten sich ihr in Hände und Füße eingefressen, die von innerem Schmerz zerrissene Brust feuchte schwer und auf ihrem Gesicht war eine ganze Hölle von Märtyrertum eingegraben. Es konnte scheinen, als wäre sie eine Glende, deren Tage bereits gezählt seien; so ärmlich waren ihre Gewänder. Nur aus den Augen strahlte eine merkwürdige Kraft und Festigkeit, so daß, wenn auch Lumpen sie einhüllten, doch durch diese Lumpen hindurch ihr einstiger Stolz und ihre frühere königliche Haltung hindurchleuchtete.

Sie versuchte sich zu erheben, doch vergebens; dumpf klickten nur die Ketten und ohnmächtig sank sie zu Boden. Auf das Klirren der Ketten eilte der Engel des Trostes, den Gott zur Vinderung des Ungemachs ihr zugesandt, zu ihr hin und er begann betrübt ihre schmerzdurchfurchten Züge zu betrachten.

„Willst Du etwas, Polen? Weshalb verbrauchst Du Deine schwachen Kräfte bei vergeblichen Anstrengungen, diese Fesseln zu zerbrechen?“ „Vergebens nennst Du also die Versuche und Du willst, daß ich, die einst machtvoll anderen Jahrhunderte lang Befehle erteilte, auf deren Wink die heutigen Mächte sich zu ihren Füßen demütigten, ruhig die mir zugefügte Gewalt ertrage? Gott, wenn ich wenigstens diese Fesseln verdient hätte, aber wofür diese Strafe? Etwa dafür, daß ich denjenigen, die darum baten, meinen Beistand lieb, daß ich diejenigen, welche untergingen, aufrecht hielt, ohne auf mein eigen Wohl zu achten?“

„Schilt nicht so, Polen! Einst werden dir diese Martern angerechnet werden und es wird der Tag anbrechen, an dem Du wieder im früheren Glanze erstrahlen wirst!“

„O, wüßtest Du, was das für einen Schmerz verursacht, sein zerrissenes Land zu sehen, zu sehen, wie die leiblichen Kinder Herumirrende sind auf dem eigenen Boden, zu hören, wie die eigene Sprache nur im stillen geflüstert wird irgendwo im Versteck! Nichts sind meine eigenen Leiden, nichts diese meinen Leib verwundenden Fesseln. Meines Landes Schläge, meines Volkes Seufzer, — sie sind erst der Schmerzen ärgster.“

Hier brach sie ab und stilles Schluchzen erschütterte ihren Körper. Nach einer Weile erst erhob sie ihr Haupt und sie sagte mit ruhiger Stimme:

„Engel, hast Du etwas davon gehört, daß da in meinem Lande irgendwo in den entlegenen Bergen schlafende Ritter liegen und nur auf die Lösung warten, um aus dem Schlafe aufzuspringen?“

„Ich habe es gehört, Polen!“

„Geh also in mein Land, suche dies Heer auf und sage mir, ob es noch schläft, ob es in nicht zu ferner Zeit erwachen und aufbrechen wird, um mir Hilfe zu bringen!“

Und der Engel kam herab ins Polenland; er ging von Haus zu Haus, von Hütte zu Hütte und sah Merkwürdiges. Paläste und Bauernhütten erklangen von lautem Lachen und Lärm. Bei den Klängen einer lustigen Musik wirbelten gepuzte Paare herum, — da wiederum freisten die Becher von Hand zu Hand und inmitten des Gelächters Trunkener regnete es gemeine Witz und Scherze. Nirgends eine Spur von Schmerz, nirgends auch nur eine Spur von Leid nach dem Verluste der

Freiheit: ein Tobsuchtsanfall schien die ganze Menschheit ergriffen zu haben.

Der Engel ging in die Städte, und hier traf er Leute an, die an Glauben und Sprache fremd waren. Mit Verachtung äußerten sie sich über die früheren Zeiten, verfluchten die Polen und spotteten über ihr Unglück. Hier und da nur schlug der polnischen Sprache Klang an sein Ohr; doch gewissermaßen eine schüchterne, stille Furcht vor der eigenen Häuser Wänden hielt die umfassen, die mit ihm sprachen.

Er trat in die Bauernhütten, und hier richteten Not, Hunger und Elend ihre Blicke auf ihn aus allen Winkeln. Mächtige Dunkelheit herrschte in den Hütten. Von einem Tag auf den anderen lebte das Volk, ohne sich darum zu bekümmern, was um es herum vorging, ohne von dem folgenden Tage etwas mehr zu heischen, als einen Bissen Brot, der die ganze Familie ernährte.

Und traurig trat der Engel vor Polens Angesicht.

„Hast Du mein verwünschtes Heer gefunden? Schläft es noch?“

„Es schläft, Polen!“ so lautete die dumpfe Antwort.

Einige Jahrzehnte waren vergangen, einige Jahrzehnte empfindlicher Leiden. Der Ketten Glieder hatten sich mit Rost bedeckt von dem Blut, das aus Polens Körper hervorsickerte. Von den Kleidern waren nur Fetzen übriggeblieben, aber auch diese Fetzen wollte ein böser Geist Polen herabreißen, er wollte Polens Armut entblößen, um sich an dem Anblick des abgehärmten Körpers zu berauschen und des Mißgeschicks zu spotten. Und da er auch Polens Geist brechen wollte, begann er höhrend zu erzählen, wie Polens Kinder ihres Vaterlandes sich schämten, wie sie schamweise ins Lager der Sieger übergingen und wie sie selbst die Erinnerung an Polen aus ihren Herzen herauszureißen bestrebt seien. Und als in Polens Ohren noch unausgesetzt das freudige Heulen der Sieger tönte, als von allen Seiten her wilde Schreie laut wurden, daß man es — Polen — bald ins Grab legen und jede Spur von ihm für immer verschwinden würde, als der Ketten Fesseln es immer stärker und stärker in ihren Krallen drückten, da rief Polen seinen Engel und trug ihm auf, abermals auf die Erde hinabzusteigen und zu fragen, was sein verwünschtes Heer mache. Und wiederum betrat der Engel polnischen Boden und wiederum begann er seine Wanderung in den Palästen und Edelhöfen. Er traf ihrer weniger an, als vor Jahren, doch diejenigen, die er besuchte, waren umso fröhlicher und angenehmer für das Auge. Nicht erschallten sie von dem Klange der einstigen Tänze und des einstigen Gelächters. Überall fast war in ihnen Planmäßigkeit und Ordnung zu sehen. Wohlstand herrschte darin, ernste Arbeit war an die Stelle der früheren Fröhlichkeit getreten, der Gedanke an das Morgen blickte aus jedem Winkel hervor.

Auch die Städte hatten ein anderes Aussehen als früher. Es fehlte in ihnen nicht an fremden Menschen, die Polen und seine Vergangenheit verfluchten; aber immer kühner, immer lauter mischte sich in die Laute der fremden Sprache der süße Klang der polnischen.

Und mit frohem Lächeln auf den Lippen wandte sich der Engel den Hütten zu, dessen gewiß, daß er auch dort große Änderungen antreffen werde; doch als er einige Duzend dieser Hütten besuchte, wandelte sich sein Lächeln in betäubtes tiefes Nachdenken um. Elend und Finsternis waren in ihnen die Herren. Hier und da nur stieß der Engel auf eine gewisse Ordnung und

auf einen gewissen Wohlstand, doch diese gesamte unzählige Menge von Hütten deckte tiefes Dunkel.

Traurig wie früher kehrte er zu Polen zurück und mit schmerzbewegter Stimme erwiderte er auf die Frage, ob Polens träumendes Heer immer noch in Schlaf versunken sei:

„Es schläft, Polen!“

Und es verging eine lange Reihe von Jahren. Polens Schmerz steigerte sich von Jahr zu Jahr. Die Fetzen seiner Gewänder waren vollends herabgefallen. Auf Polens nackten Körper spieen die Sieger, zuschauend, ob er nicht mit jedem Tage, mit jeder Stunde immer elender werde, immer mehr hinschwinde. Sie suchte die Sonne zu verbergen, die einzig unveränderlich herabschien, sie neideten Polen die Luft, die es atmete, und wenn es in ihrer Macht gestanden hätte, so hätten sie Polen sogar diese Sonne, diese Luft ganz entzogen. Schon hatten sie ein Grab gegraben, dessen gewiß, daß sie Polens Körper den ersten besten Tag erstorben antreffen und die Gebeine in das finstere Loch vergraben würden. Doch Polen kämpfte mannhaft mit seinem Geschick. Stolz und Macht blitzten in dem Grade beständig aus seinem Gesicht, daß sie, erstaunt, woher es seine Kräfte schöpfe, immer neue Peinigungen erdachten. In Ergebung ertrug Polen jedoch alle diese Qualen. Nur einmal, als der Schmerz ihm allzusehr zusetzte, als die Sieger, um seine Festigkeit zu brechen, ihm vorzureden begannen, alle Kinder hätten es bereits vergessen, da rief Polen wiederum seinen Engel und es trug ihm auf, sich zu überzeugen, ob es wahr sei, was die Feinde ihm sagten und ob das verwunschene Heer noch nicht an Polen denke.

Gehorsam dem Befehl flog der Engel auf die Erde, und auf seinem Wege stieß er auf eine Hütte, zu welcher er zuerst seine Schritte lenkte. Es war das ein Unwesen, das durch sein liebes Aussehen anlockte. Unsichtbar trat er ein und er sah darin einen Bauern, der ermattet von der Arbeit des ganzen Tages, sich soeben stärkte. Sein Weib, von einem Schwarm Kinder umgeben, las laut Absätze aus der Geschichte Polens vor. Aus aller Augen leuchtete eine unaussprechliche Freude. Er ging zur folgenden Hütte. Dort fand er eine Stube angefüllt mit Landleuten. Einer von ihnen, ein Mann mit ernster Miene — offenbar der Obere der Schar, — belehrte die übrigen über die Pflichten gegenüber dem Boden, auf dem sie wohnten und den sie unverkümmert den kommenden Generationen zu übergeben hätten. In einer dritten Hütte wiederum lehrte eine Mutter beim Licht der Lampe die Kinder lesen und schreiben, und in einer anderen Hütte knieten die Kinder vor dem Bilde der Unbefleckten und sie richteten im Verein mit der Mutter an sie laute Bitten um Erbarmen. Und der Engel besuchte hunderte, tausende dieser Hütten, und nur einige fand er in Finsternis versunken. Aus allen übrigen schlug ihm eine solche Helle, eine solche Klarheit entgegen, daß auch sein Gesicht immer mehr sich aufhellte und ein immer süßeres Lächeln seine Züge verschönte. Voll Freude tat er keinen Blick mehr in die Städte, er trat nicht mehr in Edelhöfe und Paläste ein, sondern eilte graden Wegs zu Polen.

„Das schlafende Heer beginnt aufzuwachen,“ — mit diesen Worten begrüßte er Polen. Letzteres erhob sich auf diese Worte hin, soweit seine Ketten dies gestatteten und flüsternd sagte es:

„Ist's wahr? Täuschest Du mich nicht nur, o Engel?“

„Nein, Polen, ich verkünde Dir die Wahrheit. Ja, Dein Heer erwacht, und der Augenblick des völligen Erwachens ist näher, als Du meinst!“

„Mein teurer Engel, sage mir alles! Wie sieht das Heer aus? Hat es Waffen, hat es Geschütze, deren Geschosse meine Ketten zertrümmern werden?“

„Du irrst, Polen! Das ist kein Heer, welches Kanonen besitzt. Höre und merke Dir jedes meiner Worte! Als Du mächtig zu sein meinstest, war Deine Macht nur Schein. Auf einen Stand hast Du in der Vergangenheit Deinen Glanz gebaut. Dein ganzes Heer war der Ritterstand, der auf den Schlachtfeldern sein Blut für Dich vergoß. Dein Volk war vergessen und kümmerte sich um Dich nicht. Und wenn dies Volk nicht so ungebildet gewesen wäre, wenn Du Dich auch nur ein wenig mit seinem Geschick befaßt hättest, dann wärest Du nicht so tief gefallen. Welche Änderung heut! Dein Volk erwacht unter dem Einfluß der Zeit der älteren Brüder (gemeint ist der Adel Red. d. Ges. Leb.) zum Leben. In seinem Herzen flammt das Feuer der Liebe zu Dir, das dort immer geglimmt hat, von Tag zu Tag mit stärkerem Feuer auf. Während früher eine Million, zwei und drei Millionen bereit waren, für Dich das Leben hinzugeben, ist heut dieser Millionen Menge eine unzählige. Fast jede Hütte ist ein vermischter Ritter, und die Tausende dieser Hütten, sie sind Dein schlafendes Heer, das sind die in Schlaf versunkenen Heerscharen, die Dich aus Deinem Ungemach erlösen sollen. Und wenn alle diese Hütten ohne Ausnahme von Liebe zu Dir, Unglückliche erstrahlen werden, dann werden Dich nicht Kanonen aus Deinen Banden befreien, sondern die Macht und der Glanz dieser Liebe, verstärkt durch die Liebe der Edelhöfe und der Städte, werden mit ihrer Glut diese Ketten schmelzen, unter deren Last Du seufzest, trage sie einstweilen noch geduldig!“

Das sprechend trat der Engel schnell auf Polen zu, zerstreute die Wolken, die sich zu dessen Füßen ausbreiteten und wies mit der Hand auf Polens in der Sonne gebadetes Land.

Und Polen legte seine Hände im Gebet zusammen, und sandte heiße Dankgebete zum Thron des Allerhöchsten. Und dieser seiner Gebete Echo trug des Windes Hauch auf das polnische Land, und die Fluren sagten sie den Fluren weiter, die Bäume den Bäumen, die Hütte den Hütten, bis das ganze Land erschüttert wurde durch einen allmächtigen Chor:

„Vor Deine Altäre bringen wir
die flehentliche Bitte . . .“

Und der Herr der Heerscharen schaute herab auf sein in Gebet versunkenes Volk und er segnete die Felder, die Fluren, die Edelhöfe und die Hütten. Und noch heller fing die Sonne an zu leuchten und stärker noch rauschten die Bäume, und eine Art Stimme vom Himmel erklang im weiten Raume:

„Ich bin Dein Wächter!

Überall wirst Du über Dir meinen
Schutz erfahren;
Heut' und morgen und in alle Ewigkeit.“

Zbiatka, im Dezember 1904.

Kazimir Grabowski.

Aus Nr. 6 des Kuryer Poznański (Posen)

vom 8. Januar 1905:

Zu der letzten Auslassung des Berliner Tageblatts in Sachen des angeblichen Verhaltens des Vatikans zur Polenfrage bemerkt der Kuryer:

„Aus obigen Mitteilungen geht hervor, daß der Vatikan unser Los und unsere Unbilden kennt und daß er weiß, was die Versicherungen der Leute wert sind, die da meinen, nicht sie bedrücken uns, sondern wir sie — und ferner geht noch daraus hervor, daß gegen uns, gegen die legale Verteidigung unserer bürgerlichen und nationalen Gerechtsame und unserer bedrohten katholischen Sache in Rom im Sinne der preussischen Regierung —, Kardinal Ropp auftritt. Es ist das eine sehr große Beleidigung für den Kardinal und für drei Millionen polnischer Katholiken ein solches Ärgernis, daß man in diesem Falle wünschen möchte, es würde eine Ausnahme gemacht und der Kardinal ließe sich herab, dieser Mitteilung entschieden zu widersprechen.“

Nach den zahlreichen Präzedenzfällen muß die allgemeine Meinung unter den Polen befürchten, daß Kardinal Ropp unsere Lage beständig mißverstehet und daß er daher unter dem Druck der preussischen Regierung uns gegenüber nicht entsprechend verfährt. Wir wissen aber, daß das erste und letzte Ziel der preussischen Regierung, die Germanisierung der Polen, wie bisher mit einer riesigen Protestantisierung eines katholischen Landes verbunden ist.

Aus Nr. 7 des Kuryer Poznański (Posen)

vom 10. Januar 1905:

Aus maßgebender Quelle wird uns mitgeteilt, daß die Nachricht des Korrespondenten des Berliner Tageblatts von der Intervention, welche der Kardinal Ropp in der polnischen Sache im Sinne der preussischen Regierung eingeleitet haben soll, erdacht und geradezu verleumderisch ist.

Aus Nr. 6 des Kuryer Poznański (Posen)

vom 8. Januar 1905:

In Verteidigung der „Königin der Krone Polens“.

Indem wir die Haltung schilderten, welche die deutsche Geistlichkeit in Großpolen uns, unsern Gerechtsamen und unsern Eigentümlichkeiten gegenüber einnimmt, machten wir den deutschen Geistlichen den Vorwurf, daß manche von ihnen in der loretanischen Litanei die uralte Invokation „Königin der Krone Polens“ auslassen.

Darauf hat die Germania, nachdem sie vorher in dem gleichen Artikel die zu Anfang des vorherigen Jahrhunderts von den Preußen bewirkte Beschlagnahme der geistlichen Güter in unseren Erzbischofsen in Schutz genommen hat, folgendes geantwortet:

„Dieser Vorwurf beweist eine große Unvorsichtigkeit auf seiten des Kuryer. Die von der geistlichen Behörde approbierten liturgischen Bücher enthalten diese Invokation nicht, ein Königreich Polen aber gibt es lange nicht mehr. Weshalb zwingt der Kuryer die deutschen Geistlichen also, katholischer zu sein, als ihre Behörde und als der Papst?“

Zunächst antworten wir, daß die von der geistlichen Behörde — sogar von der der Breslauer und der Culmer Diözese — approbierten liturgischen Bücher diese Invokation enthalten. Wir haben auch nirgends Bekanntmachungen irgend einer Diözesanbehörde gelesen, wonach sie von irgendwelchem Zeitpunkt ab die Approbation für Andachtsbücher, die diese Invokation enthalten, nicht mehr erteilen werde. Wenn aber die neuesten Ausgaben dieser Bücher diese Invokation nicht enthalten, so geschieht das ohne Zweifel nur infolgedessen, daß die Polizei Bücher, die diese Invokation

enthalten, beschlagnahmt und gegen die Verkäufer Prozesse angestrengt hat. Die Verleger richteten sich nach diesem Verbot und lassen jene Invokation beim Druck aus.

Daß dieser Zusatz in der loretanischen Vitanei durchaus berechtigt und obligatorisch ist, geht aus nachstehender Tatsache hervor.

Im Jahre 1884 warf einer unserer Priester, der heute in unserer Erzdiözese ein hohes Amt bekleidet, im Przeglond Koscielny Nr. 33 vom 14. Februar die theologische Frage auf, ob man durch Hinzufügung des „Königin der Krone Polens“, das aus dem Anfang des XVII. Jahrhunderts, also noch aus der Zeit vor Johann Kasimir, herrühre, nicht den Ablass einbüße, der vom apostolischen Stuhl für das Hersprechen der loretanischen Vitanei gewährt worden sei, — und er behauptete, man dürfe, wolle man Ablass erlangen, diesen Zusatz nicht machen.

Darauf erschien in Nr. 36 des Przeglond vom 6. März 1884 nachstehende Bekanntmachung:

„Der Artikel in Sachen der loretanischen Vitanei, der während der in der Redaktion herrschenden Verwirrung aus der Diözese eingesandt und von dort aus ohne Korrektur und Vorbehalt in Nr. 33 des Przeglond aufgenommen worden ist, erfordert insofern eine Richtigstellung, als der Zusatz „Königin der Krone Polens“, der seit Jahrhunderten in Polen angewandt worden ist, mit ausdrücklichem Wissen und Approbieren der Bischöfe, als völlig berechtigt anzusehen ist, solange von kompetenter Seite her nicht eine positive gegenteilige Verfügung erlassen wird. Keiner der Geistlichen hat also das Recht, ihn auf eigene Faust zu beseitigen oder zu untersagen, sei es bei privaten Devotionen oder bei öffentlichen Andachten. Wir haben auch zu erklären, daß der übrigens berechtigte Zusatz „Königin der Krone Polens“ als eine willkürliche Änderung, also auch als Hindernis zur Erlangung des an die loretanische Vitanei geknüpften Ablasses nicht angesehen werden kann.“

Der Verfasser des Artikels, gegen welchen sich obige Bekanntmachung richtete, hat uns versichert, diese entscheidende Antwort sei aus Rom im Auftrage des damaligen Oberen unserer Diözese, des verstorbenen Kardinals Ledochowski eingegangen. Soviel als Antwort für die Germania und für deren geistliche und weltliche Landsleute, die, wie es sich gezeigt hat, sich in obiger Hinsicht auf dem Standpunkt der preussischen Polizei, und nicht auf dem der maßgebenden geistlichen Behörde befinden. Wir sind keineswegs katholischer als unsere geistliche Behörde oder als der Papst.

Ist doch bisher ungeachtet dessen, daß das Königreich Polen von der politischen Karte gestrichen wurde, das Proprium Regni Poloniae im Messbuch und im Bravier verblieben, auch hört der apostolische Stuhl nicht auf, sich über die besondere Ehrerbietung zu freuen, welche die polnische Nation der Gottesmutter entgegenbringt und darüber, daß die Nation die Gottesmutter ihre Königin nennt. In dem neuesten Offizium über die Mutter Gottes von Czestochau (auf Mittwoch nach dem 24. August fallend) lesen wir nämlich in der Sektion VI unter anderem folgendes:

... beneficiorum autem Virginis fama adeo exerevit, et illam Polona gens patronam et reginam appellarit ...

Dieses Offizium hat der über uns allergnädigst herrschende heilige Vater Papst Pius X. bestätigt.

Aus Nr. 8 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 11. Januar 1905:

Ist der katholische Geistliche Staatsbeamter?

Immer häufiger begegnen wir den hafatistischen oder in den jüdisch-liberalen Blättern der Behauptung, als ob der katholische Geistliche oder doch mindestens der katholische Propst Staatsbeamter und als solcher der Regierung gegenüber zum Gehorsam verpflichtet wäre, mithin also auch zur Germanisierung und zur Entnationalisierung des polnischen Volkes beitragen müßte.

Indem wir auf diese überaus dreiste Behauptung antworten, sehen wir ganz davon ab, daß zum Gehorsam gegenüber den Staatsgeetzen kein Katholik in seinem Gewissen verpflichtet ist, sobald sie den Naturgesetzen und den Geboten der Kirche zuwiderlaufen; wir denken auch nicht daran — was übrigens sehr leicht ist — zu zeigen, daß die Germanisierung und das unbarmherzige Quälen unserer unglücklichen Nation reine Rechtswidrigkeiten sind, welche rücksichtslos die heiligsten Gebote Gottes mit Füßen treten, uns ist es augenblicklich um die Aufklärung der Frage zu tun, ob der katholische Geistliche als Staatsbeamter betrachtet werden kann.

Der katholische Geistliche in seinem Charakter, als Person, welche dem Dienste Gottes geweiht ist, als Lehrer und Opferpriester des gläubigen Volkes und als Mitglied eines besonderen, mit verschiedenen Privilegien ausgestatteten Standes, steht nach dem Kirchenrechte einzig und allein unter der Jurisdiktion seiner geistlichen Vorgesetzten und ist Beamter der Kirche und höchstens — öffentlicher Beamter, aber niemals Staatsbeamter. Der Geistliche und der Staatsbeamte — das sind zwei Widersprüche, die schwer mit einander zu vereinigen sind, der Geistliche — und der Beamte im nichtkatholischen Staate, das ist geradezu etwas Unmögliches. Der apostolische Stuhl hat zwar, durch verschiedene Umstände dazu gezwungen, den nichtkatholischen Staaten verschiedene Rechte zuerkannt, aber dazu, daß die Geistlichen Staatsbeamten würden, oder dazu, daß die Kirche verstaatlicht würde, konnte und kann er nie seine Einwilligung geben, wenn er deswegen auch den allerschwersten Kampf führen müßte.

Auch sehen weder die Reichs- — noch die preussischen Landesgesetze die katholischen Geistlichen als Staatsbeamte an —, im Gegenteil, fast alle deutschen Juristen sagen ganz unzweideutig, daß ein katholischer Geistlicher Staatsbeamter nicht war und nicht ist. Der beste Beweis hierfür sind nachstehende Worte aus der Enzyklopädie der Rechtswissenschaft, welche von den berühmtesten Gelehrten verfaßt und im Jahre 1901 in Berlin bei D. Hering auf Betreiben des bekannten Münchener Professors Dr. Birkmeyer herausgegeben worden ist. In Deutschland sind die kirchlichen Ämter heute mehrfach zwar öffentliche Ämter aber nicht Staatsämter, und ihre Inhaber öffentliche, indes nicht Staatsbeamte. Der katholische Geistliche ist also nach dem Buchstaben des Gesetzes kein Staatsbeamter, obgleich die Regierung in der Praxis das jetzt zu verzeihen beginnt, indem sie der uns feindlichen Presse immer mehr Gehör schenkt. Diese weist immer öfter auf unsere Geistlichen als auf undankbare und unwürdige „Staatsbeamte“ hin, diese Titel den Geistlichen nur auf Grund dessen beilegend, weil die Regierung als Patron für einen gewissen Teil der Propsteien die Präsente erteilt und einzelnen Geistlichen sowie verschiedenen kirchlichen Anstalten sogar alle Unterhaltungsmittel gewähren muß.

Diese Argumentation der jüdischen und hafatistischen Blätter steht nur auf sehr schwachen Füßen

und sie kann daher nie zur Begründung ihrer dreisten Behauptungen hinreichen.

Das Recht des Patrons, das nicht nur der Regierung allein, sondern auch einer sehr ansehnlichen Zahl von Privatpersonen zusteht, übt auf den Charakter der Stellung des einschlägigen Geistlichen nicht den mindesten Einfluß aus und es entscheidet durchaus nicht über irgend welche Pflicht des Gehorsams gegenüber dem Patron. Das Patronatsrecht ist nur ein kirchlich-öffentliches Recht eines einzelnen, das diesem für verschiedene Lasten und Pflichten gegenüber einer bestimmten Kirche oder einem kirchlichen Aute nicht nur verschiedene Ehrenprivilegien (wie z. B. den honor processionis — den Vortritt des Patrons bei der Prozession, einen besonderen Platz in der Kirche, eine Bemerkung im Kirchengebet usw. —) zugestehet, sondern auch die sogenannte cura beneficii, — das ist eine gewisse Beteiligung an der Verwaltung der Güter und des Vermögens der Kirche — und des jus praesentandi, — das Recht, der geistlichen Behörde einen entsprechenden Kandidaten für das vakante Benefizium mit der Wirkung vorzuschlagen, daß dieser Kandidat bestätigt wird. Der weltliche Patron büßt jedoch sein Recht ein, wenn er im Verlauf von vier Monaten nach dem Vakantwerden der Stelle keinen würdigen Kandidaten vorschlägt, und er kann es für immer einbüßen, wenn er sich bei Erteilung der Präsente der Simonie schuldig macht, d. h. wenn er für Geld oder für eine andere Belohnung dem einschlägigen Kandidaten die Präsente anbietet. (Simonie kann man es z. B. auch nennen, wenn der Kandidat verspricht, daß er für die erhaltenen Präsente nicht nach seiner Mission und seinem Gewissen, sondern nach den Wünschen des Patrons in seiner Pfarodie arbeiten werde.)

Nach dem Kirchenrecht kann kein Ungetaufter, Häretiker, Schismatiker, Apostat oder von der Kirche Exkommunizierter Patron sein, aber in Deutschland mußte der Apostolische Stuhl im westfälischen Frieden, durch welchen der 30jährige Krieg beendet wurde, auch den Protestanten, mithin auch der Regierung das Patronatsrecht — ausgenommen natürlich alle Ehrenrechte — erteilen.

Die Rechte des Patrons sind also nur eine gewisse Entschädigung für seine Pflichten gegen die Kirche, darüber hinaus aber nichts weiter. Daher sind alle Forderungen der uns übelgesinnten Presse, welche von katholischen Priestern absoluten Gehorsam gegen die Regierung verlangt, lächerlich, und es wäre eine direkte Ungesetzlichkeit und Simonie, wenn der Patron irgendwelche Zusagen in diesem Sinne von den Kandidaten für einen kirchlichen Posten verlangen würde.

Aber sogar diejenigen Geistlichen, welche aus der Staatskasse Mittel zum Unterhalt beziehen, haben dadurch nicht aufgehört, Diener der Kirche zu sein, die in erster Linie der Jurisdiktion ihrer geistlichen Vorgesetzten unterstehen. Daraus nämlich, daß ihnen die Regierung ein gewisses Gehalt zahlt, entspringt für sie durchaus noch nicht die Pflicht des Gehorsams, denn in diesem Falle zahlt die Regierung der Kirche nur einen kleinen Teil ihrer Schuld ab, der nicht einmal annähernd denjenigen Einkünften entspricht, welche ihr alljährlich die annektierten Kirchengüter bringen.

Vergeblich ist also das Geschrei der jüdischen und kafatistischen Blätter, von denen gewissenhafte Priester in den polnischen Diözesen wütend angegriffen werden, vergeblich sind und werden sein ihre Anstrengungen, zu beweisen, daß die katholischen Geistlichen Staatsbeamte sind, denn es wird ihnen

niemals gelingen, durch ihre Auslassungen rechte und gewissenhafte Priester auf die Abwege der ungerechten antipolnischen Politik zu führen. Und obgleich sie bisweilen triumphierend auf die wenigen germanisatorischen Geistlichen hinweisen und sie sogar andern als Beispiel hinstellen, so wird doch ein echter katholischer Priester seine göttliche Sendung nie vergessen, die hl. Kirche aber, die auf der Wacht der Wahrheit und Gerechtigkeit steht, wird den Wünschen jener niemals heisepflichten, und sie kann niemals deren nichtswürdige Arbeit segnen.

Aus Nr. 9 des Kuryer Poznański

vom 12. Januar 1905:

Als Antwort auf obige Schreiben (gemeint ist die vom Kirchenvorstande in Schmilau in der Germania veröffentlichten Entgegnung) erhalten wir aus den Kreisen der Geistlichkeit nachstehende Äußerung:

Zunächst muß festgestellt werden, daß der Vorsitzende des Kirchenvorstandes der Pfarrer Brandke selbst ist. Ohne sein Vorwissen darf der Kirchenvorstand als Körperschaft nicht auftreten, wie dies hier geschehen ist.

1. Der erste Absatz soll angeblich eine Verteidigung des Pfarrers Brandke gegen den Vorwurf sein, daß er ein Germanisator sei. In Wirklichkeit wird diese Tatsache bestätigt. Denn nur ein fanatischer Germanisator kann sagen: „Da er deutsch kann, bedarf es für ihn keiner Predigten, Andachten, Katechismuslehre in der Muttersprache!“ Pfarrer Brandke geht noch weiter, denn er sagt: „Ein polnisches Kind muß deutsch verstehen, denn es besucht die deutsche Schule!“ Alle polnischen Kinder müssen also perfekt deutsch können und als Deutsche angesehen werden, denn sie besuchen deutsche Schulen! Und alle Polen müssen deutsch verstehen, denn sie haben eine deutsche Schule besucht. Welcher Unsinn! Möge Pfarrer Brandke zu uns kommen und eine Prüfung mit denen vornehmen, die, sei es auch nur in den letzten 10 Jahren, die Schule verlassen haben! Möge er ihnen eine deutsche Predigt halten und ich bürgе dafür, daß sie ihm nicht werden sagen können, wovon die Rede war.

2. Der zweite Absatz bestätigt ebenfalls das, was die Pfarrer Tesmer, Byczynski und andere geschrieben haben und was die Parochianen selbst erklären, daß Pfarrer Brandke ein brutaler, gewalttätiger Mensch ist, so daß man sogar die Hand gegen ihn erhoben hat.

3. Der dritte Absatz bestätigt den Vorwurf der Agitation gegen den katholischen Kandidaten Defan Gajowiecki, der als ehrenhafter, maßvoller Mann bekannt ist. Ein Konservativer und Kafatist ist also dem Pfarrer Pr. und seinem Kirchenvorstand lieber, als ein katholischer Geistlicher.

4. In der Schilderung des Vorganges bei dem Zeugenverhör vom 28. v. Mts. bestätigt Pfarrer Brandke selbst, daß er am zweiten Festtage gesagt hat: „Lapacz, Wiosek, Sarnecki können kommen, aber wehe ihnen, wenn sie mir zu nahe kommen!“

Das ist dasselbe als: „Wenn sie gegen mich ausjagen!“

Die Krone des ganzen erbärmlichen Elaborats bildet schließlich die in den scheinbar demütigen Worten versteckte Drohung, daß, sofern der Erzbischof nicht für die Wiederherstellung des Friedens sorgen wird, „wir uns anderswo Schutz und Hilfe suchen werden.“ Das bedeutet, daß man sich an die Regierung wenden werde, damit diese, was sie

an und für sich schon oft genug tut, sich wiederum in unsere kirchlichen Interessen einmische.

Und die „Germania“? Der Titel „Zu der polnischen Hege gegen usw.“ sagt genug über den Standpunkt und die Empfindung dieses Blattes hinsichtlich der Germanisierung durch die Kirche. Wie wacker und edeldenkend war dieses Blatt zu Zeiten des seligen Windthorst! Heute schwimmt es mit der antipolnischen Strömung, und es wird mit der Zeit, besonders wenn in Oberschlesien das Nationalgefühl immer mehr erwachen wird, ein erzhasatistisches Sudelblatt werden. Corruptio optima pessima!

Aus Nr. 5 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 6. Januar 1905:

Glückwunsch- und Beileidskarten an Stelle von Telegrammen.

Das neunte Jahr der Herausgabe von Glückwunsch- und Beileidskarten an Stelle von Telegrammen ist in finanzieller Hinsicht das günstigste aller bisherigen Jahre. Im Jahre 1903 hatten wir insgesamt 1418,62 Mark Einnahme, im Vorjahre aber betrug sie 2027,30 Mark. Obige Ziffern beweisen, daß sich die Verwendung von Glückwunsch- und Beileidskarten von Jahr zu Jahr steigert. Wir machen, wie in jedem Bericht darauf aufmerksam, daß die gesamte Reineinnahme zu wohltätigen Zwecken und zum allgemeinen Nutzen verwendet wird, — darum trägt jeder, der unsere Karten kauft, unmittelbar zur Förderung dieser Zwecke bei. Schon dies sollte anregen, unsere Karten so oft zu verwenden, als sich dazu Gelegenheit bietet.

Wir hoffen auch, daß das Unternehmen von der Allgemeinheit immer kräftiger wird unterstützt werden.

Die unserm Unternehmen Wohlgesinnten, welche Lust haben, solche Karten zu verkaufen, wollen sich bei Frau Dr. Kusztelan, Gartenstraße 12 oder bei Frau Marie Elisabeth Leitgeber, Gr. Gerberstraße 50 I melden.

Die Karte kostet 25 Pfg., und am besten tun die Besteller, wenn sie das Geld für die bestellten Karten im voraus einsenden. Das erleichtert die Rechnungsführung sehr und schützt den Verlag vor Verlusten. Es ist nämlich vorgekommen, daß die auf Verlangen abgesandten Karten später von den Bestellern nicht bezahlt worden sind, natürlich nur aus Vergessenheit oder Saumseligkeit. Dem allen wird vorgebeugt, wenn das Geld im voraus eingekassiert wird.

Nachstehend geben wir die Nachweisung der Einnahmen im Jahre 1904 wieder.

Bestand aus dem Jahre 1903	74,00 M.
Einnahme im Januar 1904	79,26 „
„ „ Februar 1904	148,15 „
„ „ März 1904	106,90 „
„ „ April 1904	38,70 „
„ „ Mai 1904	176,90 „
„ „ Juni 1904	112,45 „
„ „ Juli 1904	96,25 „
„ „ August 1904	172,75 „
„ „ September 1904	160,50 „
„ „ Oktober 1904	207,75 „
„ „ November 1904	439,00 „
„ „ Dezember 1904	267,45 „
Dazu Zinsen	20,50 „

Summe... 2027,30 M.

Die Ausgabe weist nachstehende Posten auf: Verteilt zu verschiedenen Zwecken 1610 Mark, Porto 1,25 Mark, Rose für Ausführung der Telegramme 374,50 Mark, Kassenbestand 41,55 Mark. Summe 2027,30 Mark.

Von den Einnahmen wurden bestimmt:

für Volksbibliotheken	200 M.
„ Bücher für arme Kinder	200 „
„ die Ferien-Kolonien	100 „
„ das polnische Lehrerinnenheim	100 „
„ Lehrbeihilfe für Mädchen als Unterstützung für das polnische Theater	100 „
„ arme Familien	110 „
„ die Krippe in Posen	50 „
„ die Krippe in Serfisz	50 „
„ die Krippe in Lazarus	50 „
„ das St. Josephshospital	50 „
„ die St. Kasimiranstalt	50 „
„ einen Saal in Jilehne	50 „
„ die Genesungsstation des Vereins Stella	50 „
„ die vom Verein Stella veranstaltete Weihnachtsbescherung	50 „
„ einen armen Schüler	50 „
„ den Kosciuszkofonds	50 „
„ die Frauenlesehalle	50 „
„ die volkstümlichen Vorträge	50 „
„ die billigen Volksküchen	50 „
„ das Greisenheim	25 „
„ die Krippe in Gnesen	25 „

Se.... 1610 M.

Obiges Spendenverzeichnis sollte die besten Empfehlung für das Verlagsunternehmen sein. Je größer die daraus erwachsenden Einnahmen sein werden, desto wirksamer werden wir unsere Institute unterstützen, desto mehr Tränen der Not und des Elends werden wir trocknen können.

Wir teilen gleichzeitig mit, daß nachstehende Firmen den Verkauf unserer Karten gütigst übernommen haben:

Rose-Bazar, Neuestraße; Tempłowicz, Buchhandlung, Wilhelmstraße, Chrzanowski, Buchhandlung, Martinstraße; Sulima, Zigarren- und Zigaretten-Handlung, Wilhelmsplatz.

In Serfisz hat unsere Karten Herr Chmielewski auf Lager. Außerdem sind solche käuflich in den Expeditionen des Dziennik Poznański, Kurjer Poznański, Wielkopoleanin und der St. Adalbert-druckerei.

In Gnesen hat die Wisniewski'sche Buchhandlung Telegramme auf Lager. In diesem Verzeichnis sind die Privatpersonen und die Firmen nicht namhaft gemacht, die nur von Zeit zu Zeit Karten bestellen.

Schließlich machen wir darauf aufmerksam, daß wir bisher Telegramme von folgendem Typus herausgegeben haben: Mit dem Bildnis von Kosciuszko (Glückwunsch und Trauerkarten) mit dem „Rathaus“ und mit dem „Edelweiß“.

In diesem Jahre werden wir einen neuen Typus von Telegrammen herausgeben, und zwar solche mit dem Bildnis Dombrowski's, des Schöpfers der polnischen Legionen. Die Ausführung werden wir einem der hiesigen Kunstzeichner übertragen.

Frau Dr. Kusztelan. Marie Elisabeth Lebinska.
Valerius Lebinski. Czesław Kusztelan.

Aus Nr. 6 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 8. Januar 1905:

Von dem Abgeordneten Dr. Alfred von Chlapowski erhalten wir was folgt:

Bonikowo, den 6. Januar 1905.

Die geehrte Redaktion

bitte ich ergebenst um gütige aber baldige Unterstützung bei der Durchführung der Postenquete für das verflossene Jahr.

Ich würde sehr dankbar sein, wenn die geehrte Redaktion die Leser auffordern würde, zu ihren Händen Beweise einzusenden, über die Schikanen seitens der Post, über die ungerechtfertigten Übersendungen in den Übersetzungsbureaus, über die hieraus entstehenden Verspätungen, über den verspäteten Empfang von Briefen aus dem Auslande usw.

Diese Schriftstücke bitte ich einzusenden unter meiner Adresse nach Berlin N. W., Reichstag, und — wenn irgend möglich — diesen diejenigen Zeitungsnummern beizufügen, in welchen die seitens der Post verübten Schikanen beschrieben sind.

Mit Hochachtung

Alfred von Chlapowski.

Wir zweifeln nicht, daß unsere geehrten Leser sich dem Wunsche des Abgeordneten von Chlapowski willfährig zeigen und ihn bei der Durchführung des Werkes, welches Anerkennung verdient, unterstützen werden.

Aus Nr. 6 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 8. Januar 1905:

Gewerbeberichte.

Wie bekannt, werden in Posen zum ersten Male die Wahlen für das Gewerbegericht nach dem neuen System stattfinden. Die einschlägigen Satzungen veröffentlichte der Magistrat, worüber der Postemp in Nr. 3 berichtete und hinzufügte, daß die Wahlen vor der Tür stünden, bisher aber noch nichts in den einschlägigen Kreisen getan worden sei.

Er schreibt weiter, daß in einem hiesigen Handwerkerverein der Vorstand die Angelegenheit in lakonischer Weise erledigte.

Die Durchführung der Wahlen für das Gewerbegericht, und namentlich wer diese ausführen soll, ist eine grundsätzliche Sache. Es handelt sich darum, ob diese Wahlen das Wahlkomitee für die Stadt Posen, oder die Industrievereine durchführen sollen?

Meines Erachtens ist uns daran gelegen, eine Liste aufzustellen und in dieser eine möglichst große Anzahl von polnischen Bürgern aufzunehmen. Auf Kompromisse wollen wir uns nicht einlassen, denn in diesem Falle haben wir es nicht nötig, und folglich ist diese Angelegenheit nicht streng gewerblich, sondern auch politisch.

Unsere Vereine können sich daher mit solchen Angelegenheiten nicht befassen und dürfen es auch nicht, wenn sie sich nicht verschiedenen Unannehmlichkeiten aussetzen wollen. Sogar die Innungen können dies nicht tun, denn da sie in ihrer Mitte Polen, Deutsche und Juden haben, müßten sie eine gemeinschaftliche Liste aufstellen.

Uns müßte es sich darum handeln, uns Polen durchzubringen und daher ist dies, meiner Ansicht nach, nur eine Arbeit für das politische Wahlkomitee. Um so mehr aber als die Wahlen vor der

Tür stehen und weil das Wahlkomitee eine völlige Routine besitzt und es ihm bei der Durchführung sämtlicher Wahlen niemals derartige Schwierigkeiten bereiten würde, mit welchen andere Leute zu kämpfen hätten, die nur für diesen Fall organisiert sind.

Vor allen Dingen müßte aber das Wahlkomitee die ersten Wahlen durchführen. Später wenn mehr Zeit sein, und das Komitee Erfahrungen besitzen wird, kann es diese Angelegenheit mit entsprechender Information einem fremden Komitee übertragen. Im äußersten Falle besteht noch der Wahlverein und er kann sich mit dieser Angelegenheit befassen. Unsere Vereine aber, ob Industrie- oder Handwerkerverein, und namentlich deren Vorstände warne ich, sich in politische Angelegenheiten zu mischen.

Aus Nr. 4 des Kuryer Poznański (Posen)

vom 5. Januar 1905:

Folgen des Ansiedlungsgesetzes.

Herr Wladislaus Specht aus Posen hat auf dem Verwaltungswege Klage angestrengt, da man ihm den Konsens zum Bau eines Wächterhauses auf dem Schießstand verweigert, hat, der von ihm auf dem in der Nähe von Loncz-Mühle gelegenen, von der Parzellierungsbank angekauften Grundstück errichtet worden ist.

Aus Nr. 5 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 6. Januar 1905:

Aus Kempen teilt man uns folgendes mit: Die Ansiedlungskommission hat vom Kempener Gericht die Abschrift der hypothekarischen Eintragungen, betreffend das der Frau Gräfin Krenska gehörenden Gutes Grembanin eingefordert. Gedenkt die Frau Gräfin Grembanin der Ansiedlung zu verkaufen, ebenso, wie Herr v. Wenzyl das angrenzende Gut Wroczen — natürlich wegen schlechter Wirtschaft — verkauft hat?

Grauen! Wroczen hat 80 polnische Familien des Brots beraubt, und die Frau Gräfin vielleicht weniger?

Aus Nr. 4 des Lech (Gnesen)

vom 5. Januar 1905:

Aus Wittkowo erhielten wir einen Brief, den wir lediglich zu dem Zwecke veröffentlichen, um Herrn Knast von dem Verkaufe des Vorwerks Drachowo abzuentsen. Dieser Brief lautet:

Wittkowo, den 3. Januar 05.

Leider ist für die Erhaltung des 400 Morgen großen, dem Herrn Knast gehörigen Vorwerks in Drachowo wenig Hoffnung vorhanden. Der Eigentümer möchte durchaus einige Tausend Mark daran verdienen. Der Sohn des Herrn Knast hat in Hohensalza eine Buchhandlung angelegt. Es fragt sich, ob das Publikum den Sohn eines Verkäufers wird unterstützen wollen, obgleich derselbe für den Vater nicht verantwortlich gemacht werden kann. Welches wird wohl das Schicksal der Töchter des Herrn K. sein? Wer wird die Tochter eines Verkäufers heiraten wollen? Doch höchstens ein Deutscher oder ein Jude.

Herr Knast könnte die Angelegenheit in ehrenvoller Weise aus der Welt schaffen zum Nutzen für

die nationale Sache, denn es steht ihm nichts im Wege, das Vorwerk zu parzellieren, er hat nicht einmal nötig, sich dazu die Genehmigung der Regierung zu erbitten, weil ja keine Wohngebäude aufgebaut zu werden brauchen. Man sieht jedoch, daß Herr K. aus dieser Gelegenheit Nutzen ziehen möchte. Zu bedauern ist es, daß seine Familie in Gnesen aus diesem Anlaß Unannehmlichkeiten ausgeht.

Aus Nr. 6 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 8. Januar 1905:

Gnesen, 5. Januar 1905.

Ein neuer Verlust an polnischem Boden droht unserer Gegend. Herr Ignaz Knaft, der Besitzer des Vorwerks Drachowo, 400 Morgen schönen Wittkowoer Bodens, den er vor nicht ganz zwei Jahren rühmlicher Weise von einem Deutschen erworben hat, verhandelt mit der Ansiedelungskommission. Letztere bewirbt sich schon seit ziemlich langer Zeit um dies Gut, da es sich darum handelt, dort eine neue protestantische Gemeinde zu gründen und eine Kirche zu bauen. Die Transaktion ist jedoch s. Z. nicht zu stande gekommen, ungeachtet dessen, daß der Besitzer bereit war, diese unpatriotische Tat zu begehen. Seine ehrenwerte und geehrte Frau hielt ihren Mann davon zurück, das Abkommen mit der Ansiedelungskommission zu treffen, indem sie sich weigerte, den Verkaufskontakt zu unterschreiben. Gegenwärtig ist ein neuer Angriff auf dies Vorwerk versucht worden und Herr Knaft soll sich von neuem mit dem Gedanken tragen, auf Kosten der Schmälerung des Vaterlandes einen leichten Gewinn einzuheimsen. Angesichts der Tatsache, daß Drachowo infolge der günstigen baulichen Verhältnisse (es setzt sich nämlich aus aufgekauften Bauernwirtschaften zusammen) ohne besonderen behördlichen Konsens parzelliert werden kann, wäre es sehr angezeigt, daß unsere Parzellierungsinstitute sich für die Angelegenheit Drachowo interessieren. Es gilt, das Grundstück zu retten, so lange es Zeit ist. Dazu sind die genannten Institute da. Alle verspäteten Lamentationen, öffentlichen Brandmarkungen usw. haben nur relativen Wert insofern, als sie andere von derartigen Handlungen abhrecken. Im konkreten Falle jedoch sind sie ohne Bedeutung, da sie keine Handbreit von dem für alle Zeiten verlorenen Grund und Boden wieder zurückbringen. *Allo caveant consules!*

Herrn Knaft fordern wir an dieser Stelle auf, sich die Sache zu überlegen. Wir appellieren an seine Ehre und an seine bisher makellose und ehrenhafte Vergangenheit. Herr Knaft ist ein vermögender Mann und hat sein Vermögen durch ehrliche Arbeit im Lande erworben.

Aus Nr. 7 des Nowy Czas (Wissa)
vom 10. Januar 1905:

Wissa.

Sierjelbst hat sich eine Genossenschaft gegründet, welche den Nowy Czas auf ihre Rechnung herausgeben wird. An der Spitze dieser Genossenschaft steht der Fürst Sulkowski-Reisen; ferner gehören dem Vorstande an: Der Kaufmann J. Gorecki und der Redakteur Bobowski. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: Rechtsanwalt Wize als Vorsitzender, Rechtsanwalt Rujszinski als stellvertretender Vor-

sitzender und die Herren Maczowiak und Szulc aus Kröben, Grabowski aus Luschwitz, Grzesiecki aus Bukwitz, Stepczak aus Weine, Kaszewski aus Wissa, Mrowczynski aus Rawitsch.

Mitglied der Genossenschaft kann jeder werden, der sich verpflichtet, eine einmalige Einlage von mindestens 10 Mark als Anteil zu zahlen. Wir hoffen, daß diese Genossenschaft die weiteste Unterstützung finden wird und ihr viele Mitglieder beitreten werden. Formulare zur Beitrittserklärung versendet auf Wunsch die Administration des Nowy Czas in Wissa, welche mit Informationen gerne zu Diensten steht.

Aus Nr. 4 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 7. Januar 1905:

Aus der Rawitscher Gegend.

Fast Humorist.

Ein evangelischer „Heiliger“ als Patron in der katholischen Kirche: Eine katholische Familie in Rawitsch hat für ihr am Johannisstage getauftes Kind keinen besseren Patron gefunden als „Gustav Adolf“.

Ein Weib kauft eine Fahrkarte: Ich bitte um ein Billet nach Golaszyn! (Dorf bei Bojanowo). Beamter: Wohl nach Bojanowo? Weib: Ja! ja! Bojanowo liegt doch bei Golaszyn.

Aus der Rawitscher Schule: Das Mädchen hatte sein Lesebuch in die „Blaudereien des Hans in allen Gassen“ (polnisch „Janek Obleciswiata“, d. i. ein ständiger Absatz in dem polnischen Blatt *Przewodnik Katolicki*, Bem. d. Red. d. Gesamt-Überblicks) eingeschlagen. Für diesen „Anflug“ erhielt es einen Tadel und es mußte sofort dafür sorgen, daß das Lesebuch in die Rawitscher Zeitung eingeschlagen wurde. Das „deutsche Lesebuch“ atmete auf, als es sein polnisches Kleid abgeworfen hatte.

Aus Nr. 3 des Lech (Gnesen)
vom 4. Januar 1905:

Polnische Vornamen.

Angesichts der in der Weltgeschichte unerhörten Schikane der Organe der preussischen Regierung uns gegenüber ist es unsere Pflicht, jeden einzelnen Fall öffentlich zu besprechen und darüber zu beraten, wie wohl zu verfahren wäre, um die gegen uns gerichtete Schikane dieser Schikane, so weit dies möglich ist, unschädlich zu machen.

Im vorliegenden Artikel werden wir über die Vornamen sprechen. Wir sehen, daß jeder polnische Vorname, wenn er auch in der deutschen Sprache existiert, unberücksichtigt bleibt; wenn ein Vorname in dem kirchlichen Geburtschein lateinisch eingetragen ist, so ist man mit dem lateinischen Vornamen wohl noch einverstanden, aber nur polnisch darf er nicht sein. So weit hat man's also schon gebracht! Wenn der Pole seinen Vornamen so gebraucht, wie er ihm von seinen Eltern gegeben wurde, d. h. polnisch, dann wird er wegen „Fälschung“ des Vornamens verfolgt! So etwas ist auch nur in Preußen möglich!

Was bleibt uns angesichts dessen wohl übrig? In allen derartigen Fällen hatten wir — nach menschlichem Ermessen — das Recht auf unserer Seite, das preussische Recht aber betrachtet diese Sache von einem anderen Standpunkt aus.

Wir müssen stets und überall danach trachten, daß dieses Recht uns gegenüber weniger in Anwendung gebracht werden könnte. Und mit unseren Vornamen verhält sich denn die Sache so: Geben wir unseren Kindern nur polnische Vornamen, und zwar solche, die nur eine, d. h. nur eine polnische Klangfarbe haben. Gebet euren Kindern keine Vornamen wie z. B. Agnieszka, Andrzej, Antoni, Bartłomiej, Elżbieta, Franciszek, Grzegorz, Henryk, Jan, Józef, Karol, Maciej, Małgorzata, Marcin, Mikołaj, Paweł, Piotr, Szymon, Wacław usw., denn das sind keine polnischen Vornamen, sie haben auch deutsche Klangfarbe, wählet vielmehr folgende Namen: Bogna, Bogdan, Bogomir, Bożena, Budziszlaw, Chwalibóg, Dobromir, Jarnslaw, Lubomir, Miłosz, Radomir, Rocislaw, Scibor, Sobieslaw, Szczesny, Tworzymir, Wanda, Wislaw, Witoslaw, Zbigniew, Ziemomysł usw. Solcher Namen gibt es ganze Dukende, ihr dürft nur den slawischen Kalender durchblättern.

Man braucht sich nicht nach fremden Vornamen umzusehen, namentlich in der gegenwärtigen Zeit, wo es nicht gestattet wird, dieselben in der polnischen Klangfarbe anzuwenden. Ich kenne ein Beispiel, wo man einem polnischen Kinde den Namen „Zyfryd“ gegeben hat. Glaubt ihr etwa, daß man es zulassen wird, so zu unterschreiben? Man befiehlt dem Betreffenden sich „Siegfried“ zu nennen, das unterliegt gar keinem Zweifel, und das ist doch ein rein deutscher Vorname. Das ist früher wohl gängig gewesen, heute darf es unter keinen Umständen so sein! Wenn schon jemand durchaus einen fremden Vornamen haben will, so mag er wenigstens einen solchen wählen, der nur eine Klangfarbe hat, wie z. B. Adam, Agaton, Alexander, Anna, Barbara, Benigna, Dominik, Felix, Fortunat, Irma, Kajetan, Klemens, Magdalena, Marcel, Olympia, Pelagia, Roman, Serafin, Valerian, Veronika, Zenon usw. Also Achtung, Landsleute! Verteidigen wir uns überall auf Schritt und Tritt; der liebe Gott wird uns schließlich bei unserer gerechten Sache helfen und einen Blick hineinwerfen in die uns zugefügten Unbilden. Ausdauer und Umsicht und wir werden — noch nicht verloren gehen.

Szczesny Ostoja.

Aus Nr. 297 des Lech (Gnesen)

vom 30. Dezember 1905:

Die gestrigen Stadtverordnetenwahlen haben ein sehr trauriges Resultat für uns gezeigt. Es sind insgesamt 746 Stimmen abgegeben worden. Davon haben erhalten: Dr. S. Czarniecki 224, Anton Scigalski 223, Meinecke 518, Wolowski 514, Gejell 2, Bergmann 2, Świeciecki 1, Bloch 1, Galliner 1.

Das ist ein geradezu beschämendes Resultat, denn von unserer Seite haben über die Hälfte ihre bürgerlichen Pflichten verabsäumt. Wir haben es gestern angekündigt, daß wir die Namen der Nachlässigen veröffentlichen werden. Weil die genaue Feststellung der Namen aller derer, die sich der Wahl enthalten haben, viel Zeit erfordert, sind wir gezwungen, die Veröffentlichung dieser Liste bis zur nächsten Nummer zu verschieben.

Von deutscher Seite war die Beteiligung an der Wahl äußerst lebhaft. Es ist das nichts Wunderbares, denn die Wähler der 3. Klasse sind

vorniegend Staats- und Kommunalbeamte. Der Geschäftsdirektor Herr Kieckebusch brachte gegen ein halbes Hundert Rutscher und Aufseher mit, die ebenfalls als „Bürger“ der Stadt ihre Stimmen für den deutschen Kandidaten abgaben.

Wir müssen bei dieser Gelegenheit unsere Bürgerschaft an die Ungerechtigkeit erinnern, welche uns seitens des Magistrats zugefügt worden ist. Derselbe hat nämlich lauter Deutsche zu Wahlbeisitzern ausersehen, so daß sich die Polen an der Kontrolle der Wahlen nicht beteiligen konnten.

Manche Polen waren in der Wählerliste vollständig falsch eingeschrieben, entweder waren die Familiennamen verdreht, oder die Vornamen nicht richtig; selbst die Namen solcher Bürger waren falsch eingetragen, die seit vielen Jahren in Gnesen wohnen und allgemein bekannt sind. Das ist ein neuer Beweis dafür, wie nötig es ist, die Wählerliste einer Durchsicht zu unterziehen.

Aus Nr. 9. des Dziennik Kujawski (Hohensalza)

vom 12. Januar 1905:

Betrifft die Krankenkassen.

Wie aus den Bekanntmachungen ersichtlich ist, finden die Wahlen für die Krankenkassen Nr. 2 und 3 zum zweiten Male statt, weil die Aufsichtsbehörde die Wahl der Vorstandsmitglieder nicht bestätigt hat.

Was die Nichtbestätigung der Wahl in der Krankenkasse Nr. 3 anbelangt (es sind in derselben am 28. November v. Js. lauter Polen gewählt worden), so dürfte dies sicherlich daran liegen, daß diese Wahlen nicht nach dem Geschmack mancher Herren ausgefallen waren; es wurde Protest erhoben, trotzdem der Verlauf der ganzen Versammlung derselbe war, wie der der vorausgegangenen Versammlungen, in denen ebenfalls der Vorstand gewählt wurde.

Wir wollen uns hier nicht in eine politische Polemik einlassen, wenn aber die Wahlen für die Deutschen günstig ausgefallen wären, dann hätte sich vielleicht niemand zum Protestieren gefunden.

Besonders den Mitgliedern der Krankenkasse Nr. 3 wird empfohlen, die die Wahlen betreffenden Paragraphen wohl zu beachten; die Wahlen haben in der Weise stattzufinden, daß sowohl die Arbeitgeber wie auch die Arbeitnehmer beim Wahlakt in einem besonderen Raume zu wählen haben, nicht, wie das am 28. November v. J. gehandhabt wurde, wo die Wahl in einem Lokale stattfand, in dem während der Abstimmung Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugegen waren.

Gleichzeitig werden die Mitglieder der Krankenkasse Nr. 3 darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich vor dem Beginn der Wahlen überzeugen, ob alle Anwesenden auch Mitglieder dieser Kasse sind; für den Fall, daß sich einer verirrt haben sollte, muß der Vorsitzende darauf aufmerksam gemacht werden, daß die betreffende Person aus dem Lokale entfernt werde, damit bei einer für uns günstigen Wahl nicht wieder ein Grund zum Protestieren vorhanden wäre.

Die Herren Arbeitgeber sollten, um nicht etwa des Wahlrechts verlustig zu gehen, die rückständigen Beiträge bezahlen.

Auch in der Krankenkasse Nr. 2 hat die Aufsichtsbehörde die Wahl vom 10. November v. Js. für ungültig erklärt, doch nur die Wahl der Arbeitnehmer (zwei Polen), aus der Mitte der Arbeitgeber wurde ein Deutscher gewählt, und diese Wahl ist bestätigt worden.

Wie aus der Bekanntmachung der betreffenden Klasse zu ersehen ist, fordert der Vorsitzende die Mitglieder (d. h. die Arbeitnehmer) auf, in die kommende Versammlung ihre Quittungsbücher mitzubringen, damit sie dartun könnten, daß sie Mitglieder dieser Klasse seien.

Aus dieser Bekanntmachung geht somit hervor, daß der einzige Grund zur Ungültigkeitserklärung der Wahlen wohl der Umstand war, daß in dieser Versammlung irgend jemand anwesend war, der dieser Klasse nicht angehörte und sich an der Wahl beteiligt hatte.

So viel uns bekannt ist, hatte der Herr Vorsitzende in der November-Versammlung an die Anwesenden die Frage gerichtet, ob sie alle der Krankenkasse Nr. 2 angehörten und ob sie wahlberechtigt seien; es war zwar ein Fremder anwesend, er wurde jedoch gezwungen, das Lokal zu verlassen, und das geschah vor der Ausführung der Wahlen.

Wenn das der tatsächliche Grund zur Ungültigkeitserklärung der Wahlen sein sollte, dann wäre es bedauerndswert, daß nicht während, sondern erst nach der Versammlung protestiert worden ist, daß eine nicht zur Klasse gehörige Person zugegen war; es ist also auch hier zu sehen, daß diese Wahl nur lediglich deshalb für ungültig erklärt wurde, weil man Polen gewählt hatte; denn weshalb ist nicht die ganze Versammlung für ungültig erklärt worden, so auch die Beschlüsse bezüglich des Arzthonorars, der Zahlung höherer Wochenbeiträge, der Wahl der Arbeitgeber und der Klassenrevisoren?

Achtung also, Mitglieder der Krankenkasse Nr. 3, finden wir uns am 12. Januar, Abends 9 Uhr, wie ein Mann im Schendel'schen Lokale ein, wählen wir wiederum unsere Kandidaten und zeigen wir dadurch, daß wir um unser Wohl besorgt sind; sehen wir uns nach keinem Menschen um, erfüllen wir unsere Pflicht!

Dasselbe machen wir den Mitgliedern der Krankenkasse Nr. 2 zur Pflicht; wir erinnern jetzt schon daran, daß am Donnerstag, den 19. Januar, pünktlich um 8 Uhr Abends, im Schendel'schen Lokale eine zweite Versammlung zwecks Wahl von Mitgliedern aus den Reihen der Arbeitgeber stattfinden wird; besuchen wir diese Versammlung noch viel zahlreicher und zeigen wir, daß wir nicht nur 48 Stimmen abgeben können, sondern daß wir eine noch viel größere Mehrheit haben, um die Unrigen durchzubringen.

Denken wir daher an unsere Pflichten, erfüllen wir sie gewissenhaft, damit man uns nicht etwa zum Vorwurfe machen könnte, man habe uns unserer Trägheit wegen da beiseite geschoben, wo wir das Recht haben, ebenfalls dabei zu sein.

W—i.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 4 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 10. Januar 1905:

Der Vatikan und die polnische Frage.

Der römische Korrespondent des Berliner Tageblattes telegraphiert, daß ihm einer der hervorragendsten Diplomaten des Vatikan im Laufe des Gesprächs erzählt habe, der Vatikan habe trotz der Bemühungen des Kardinals Ropp nicht die Absicht, die Germanisationspolitik der Regierung in den polnischen Landen preußischen Anteils zu unterstützen und daß die polnische Frage früher oder später zwischen dem Vatikan und den Deutschen schwarze Wolken heraufbeschwören werde. Der Korrespondent glaubt, daß die preußische Regierung baldigst ener-

gische Schritte unternehmen werde, um den Papst zum Vorgehen gegen die Polen zu zwingen. Das seinem Charakter treue Berliner Tageblatt denunziert bei dieser Gelegenheit die polnische Geistlichkeit und empfiehlt der Regierung, gegen unsere Geistlichkeit vorzugehen. Darauf sind wir alle vorbereitet, daß in den polnischen Landen preußischen Anteils über kurz oder lang ein Kulturkampf ausbrechen wird, der schlimmer als der vor 30 Jahren sein wird. Doch wir werden ihn, ihr Brüder und Kassuben, überdauern.

Aus Nr. 1 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 3. Januar 1905:

Die Strafe Gottes.

Die Strafe für die Qualen und Martern, die unsere Kinder in den preussischen Schulen erleiden, beginnt, wie es scheint, die Preußen zu treffen.

Während der Gefangenschaft der Juden in Ägypten segnete sie der Herr, indem er ihnen viele Kinder gab. Pharao befürchtete schließlich, daß mit der Zeit die Zahl der Juden die Zahl der Ägypter übersteigen könnte, und aus Angst erließ er den Befehl, daß die jüdischen Knaben ertränkt würden.

Doch der liebe Gott hat sein auserwähltes Volk gerächt, indem er den Todesengel in die Häuser der Ägypter schickte, damit er ihre erstgeborenen Söhne töte.

Wir befinden uns nicht in der ägyptischen, sondern in preussischer Gefangenschaft, und wir leben nicht in pharaonischen Zeiten, sondern in Zeiten der Ziviliation und Kultur. Und trotzdem machen unsere Kinder in den Schulen solche geistigen Qualen und öfter sogar auch körperliche Qualen durch, daß die Zeitungen aller zivilisierten Nationen auf der ganzen Welt mit Entrüstung von diesen Leiden der polnischen Kinderchen schreiben. Wenn aber die Preußen geglaubt haben, daß ihr Vorgehen gegenüber unseren Kindern straflos dahin gehen würde, wenn sie gemeint haben, daß niemand den Mut haben würde, gegen die preussische Macht vorzugehen, so haben sie sich schrecklich geirrt. Auch Pharao glaubte, daß niemand über ihn sei, und der Gott Israels hat durch seinen Todesengel die erstgeborenen Söhne im ägyptischen Volke töten lassen. Und dieser Gott lebt auch heute noch und fürchtet sich nicht vor der preussischen Macht.

Und so trifft auch heute den preussischen Stamm die Strafe Gottes, der sie für die Leiden unserer Kinderchen durch Unfruchtbarkeit und durch das Sterben der Säuglinge strafft. Und diese Strafe trifft vor allem die Stadt, von der alles Böse auf uns ausgeht — und zwar Berlin.

Erst vor kurzem wurden in den Berliner Zeitungen Klagen laut, daß die Zahl der neugeborenen Kinder von Jahr zu Jahr zurückgehe und gegenwärtig so niedrig sei, daß man nur mit Angst daran denken könne.

Gleichzeitig erhebt sich eine zweite Stimme des Entsetzens über die große Sterblichkeit der neugeborenen Kinder. Das ist der Finger Gottes, Ihr Herren Preußen. Doch das ist nur der Anfang der Strafe, denn die Fäulnis im Herzen Eurer Gesamtheit nimmt nach der Meinung Eurer eigenen Volksleute in so schrecklicher Weise zu, daß Ihr trotz der offenbaren Zeichen des Himmels nicht zur Besserung kommen werdet.

Und so wird Gott für die Qualen unserer Kinder mit solchen Strafen Euch demütigen und Eure Macht brechen, während das polnische Volk zur Belohnung für seine Leiden mit Gottes Hilfe immer zahlreicher und lebensfähiger werden wird.

Aus Nr. 153 des Pielgrzym (Pielgrim)

vom 22. Dezember 1904:

In der Angelegenheit der vom Pielgrzym in der Sonntagsnummer veröffentlichten Dokumente*)

erhalten wir nachstehende Mitteilung aus der Diözese:

In letzter Zeit brachten alle polnischen Zeitungen unseres Anteils zwei die Einführung der sogen. „Schulmessen“ betreffenden Dokumente. Fast alle Blätter machten nur den Zusatz: „Kommentar überflüssig.“ Und doch hat es sich gezeigt, daß eine Erklärung notwendig ist, denn gegen unsere geistliche Behörde ist geradezu der Vorwurf erhoben worden, daß sie zusammen mit der Regierung in der Kirche germanisiere und zwar infolge dieser Dokumente. Mein Gott, unsere geistliche Behörde kann ich leider nicht in Schutz nehmen, denn es würde mir nicht gelingen, sie von diesem Vorwurfe zu reinigen, da sie tatsächlich durch ihre Vernachlässigung und durch ihr übermäßiges Liebäugeln mit der Regierung uns mitunter schwer geschädigt hat. Es zeugen davon Danzig, Poppo, Langfuhr (wo es überhaupt keine polnischen Predigten gibt), Neufahrwasser und Graudenz und so viele andere Parochien, wo uns Unrecht geschieht. Ich schreibe also nicht zur Verteidigung der geistlichen Behörde, sondern um nur der Wahrheit die Ehre zu geben. Wie soll man denn das Schreiben des Generalvikariats verstehen (Dokument I)? Wir lesen doch darin, daß, wenn es sich irgendwo nicht empfehlen sollte, den deutschen Gesang einzuführen, die Kinder entweder die Messe ruhig anhören oder Lateinisch singen sollen. Dieses Schreiben kann überhaupt als ein Muster der Diplomatie gelten. Zuerst lobt und empfiehlt es die einländische Sitte, aber zum Schluß, so beinahe zufällig, bemerkt es, daß diese „Schulmesse“ auch in einer anderen Weise abgehalten werden darf. Und du, Propst, fresse es bei der Regierung aus, wenn du nicht willst, daß die Kinder deutsch beten sollen; wir (d. h. die Behörde) waschen unsere Hände in Unschuld. Der Schulinspektor hat es natürlich nach seiner Art aufgefaßt und fordert gleich ohne Umschweife deutschen Gesang (Dokument II), denn „der Herr Bischof hat es gestattet.“

Diese Angelegenheit ist mir schon seit Juni bekannt, denn ich habe damals mit einer mit dieser Frage sehr beschäftigten, also mit einer maßgebenden Person gesprochen. Ich weiß sogar, daß unser hochwürdigster Herr Bischof, als er von der Anordnung des Schulinspektors (Dokument II) Kenntnis erhielt, verwundert und gleichzeitig entrüstet über diese Verdrückung des Inhalts des Schreibens der geistlichen Behörde war.

Und was sollen wir dazu sagen? Wir müssen der geistlichen Behörde zugeben, daß sie in den gegenwärtigen schweren Zeiten mitunter diplomatisch handeln muß, um es mit der Regierung nicht ganz und gar zu verderben; aber, hochwürdigste Behörde:

ne quid nimis! nur nicht zuviel Diplomatie! Es drängt sich mir der Vergleich mit dem Händewaschen auf, aber ich ziehe ihn zurück und bitte ergebenst um Verzeihung. In diesem Falle konnte man doch direkt schreiben: „Schulmessen“ — das ist eine schöne Sache, wir sind gerne damit einverstanden, aber die Messuren — sind Polen, die masurischen Kinder — sind polnische Kinder, nicht nur daß es dort in den lutherischen Kirchen fast gar keinen deutschen Gesang gibt, wird den lutherischen Kindern der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt — daher kann in der katholischen Kirche auch nur polnischer Gesang sein, oder keiner — oder mit den „Schulmessen“ ist es nichts. Das wäre eine klare Antwort gewesen. Schließlich klage ich auch unsere geistliche Behörde gar nicht an: möge sie diplomatisieren, wenn sie es für erforderlich hält, doch möge sie sich auch bemühen, uns durch diese diplomatischen Schreiben immer zu verteidigen, da sie andernfalls die Regierung nicht befriedigt und uns von sich völlig abstößt.

Aus Nr. 153 des Pielgrzym (Pielgrim)

vom 22. Dezember 1904:

Wichtige Dokumente.

Auf die Beschwerde eines Propstes, daß die Kinder nicht pünktlich um 10 Uhr zum Unterricht kämen, erging von der Königlichen Regierung zu Marienwerder nachstehender Bescheid:

„Wir haben angeordnet, daß die Schüler in N. . . . S., welche den Katechumenunterricht besuchen, an den betreffenden Tagen rechtzeitig aus der Schule entlassen werden.“

Auf die Beschwerde, daß der Lehrer die Knaben nicht zum Messedienen frei läßt, erwiderte die Regierung wie folgt:

„Wir haben den Kreis Schulinspektor ermächtigt, zu gestatten, daß Schüler der dortigen Schule zum Messedienen herangezogen werden. Es ist dies in der Voraussetzung geschehen, daß der Morgengottesdienst schon vor Beginn des Schulunterrichts beendet sein werde, wenn nicht ausnahmsweise einmal (!), eine Abweichung dringend geboten ist.“

Und wenn also in einer großen Parochie in der Woche einige Trauungen und Begräbnisse stattfinden, was dann?

In einer anderen Parochie hat der Herr Lehrer einem Knaben verboten, bei den Neujahrsbesuchen als Ministrant zu dienen. Auf die Beschwerde des Herrn Propstes erwidert die Marienwerder Regierung:

„Wir sind nicht in der Lage, Ihrem Antrage zu entsprechen, da es nicht statthaft (!) ist, daß Schulkinder vom Schulunterrichte beurlaubt werden, um als Ministranten zu dienen.“

gez. v. Steinrück.“

Darum sind auch die Dokumente tieftraurig, die die Gazeta Gdanska in Sachen der Einführung dieser Schulmessen mit — selbstverständlich — deutschem Gesange in Masuren veröffentlicht hat,

„damit der deutsche Gesang in der Schule einen praktischen Erfolg hat.“

Möge das deutsche Licht nicht unter dem Scheffel stehen.

Der Königliche Landrat.

Nr., den . . . April 1904.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom heutigen Tage (Kreisbl. Nr. 45) übersende ich ein Bücherverzeichnis der Kreiswanderbibliothek so-

*) Siehe Nr. 50 des Gesamtüberblicks vom 29. 12. 04. Seite 1031.

wie der einzelnen Lokalbibliotheken mit dem er-
gebenen Ersuchen, das Unternehmen unter der Be-
völkerung zu fördern.

(Unterschrift.)

An
den Herrn Pfarrer
in

In dieser Weise fordert wiederum der Herr
Landrat den polnischen Propst auf, die deutsch-
lutherische Bildung zu verbreiten.

Wenn an den Herrn Landrat adressiert wird
und man fügt nicht „Hochwohlgeboren“ hinzu, dann
kann man sich eines Beleidigungsprozesses aussetzen,
jedoch die Herren Landräte und Kreissekretäre er-
achten es gewissermaßen für überflüssig, „Wohlehr-
würden“ hinzuzufügen, wenn sie an die Herren
Pröpste adressieren.

Es wird am besten sein, wenn wir in Zukunft
solche Briefe nicht mehr annehmen werden. Einer
für viele.

X. (Abkürzung für Geistlicher.)

Aus Nr. 3 des Pielgrzym (Pielgrim)

vom 7. Januar 1905:

Noch die Angelegenheit der Messen mit deutschem Gesang für die Schulkinder.

Aus der Diözese.

Einer der Kriegskorrespondenten aus der
Mandschurei, der russischen Zeitungen seine in den
Militärlazaretten gemachten Beobachtungen mitge-
teilt hat, bemerkt verwundert, daß diejenigen Sol-
daten, welche die größten Wunden davongetragen, die
z. B. Arme oder Beine verloren hatten, ihr Schicksal
verhältnismäßig viel ruhiger ertrugen als diejenigen,
die weniger schwer verwundet waren. Sie stöhnten
beinahe gar nicht, sie lagen ruhig wie ein Klotz da
und lächelten sogar noch zu ihren Wärtern. Nur
ihr leichenweißes Gesicht und die merkwürdig leuch-
tenden Augen zeigten davon, daß sie gelitten haben
und noch leiden. Das kann man sich aber leicht er-
klären. Die außerordentlich großen Schmerzen
haben nämlich zur Folge, daß die Natur, welche sie
nicht ertragen kann in einen gefühllosen und todes-
ähnlichen Zustand versetzt wird.

Dasselbe kann man auch auf moralischen und
geistigen Gebiete beobachten. Wenn unsere Seelen
und Herzen häufig sehr schmerzhaft Schläge treffen,
dann werden auch wir von einer geistigen Gefühls-
losigkeit ergriffen, so daß wir in diesem Zustande
das uns zugefügte Unrecht nicht in dem Maße
empfinden, wie zu Anfang. Als Beweis hierfür
dienen die durch unsere Zeitungen veröffentlichten
zwei Dokumente, die den deutschen Gesang der Schul-
kinder während der Messe in Masuren betreffen.
Diese Zurücksetzung unserer herrlichen Kirchenlieder
hat alle Polen über alle Maßen schmerzlich berührt;
es sind damals auch aus manchem Munde bittere
und scharfe Worte gefallen — doch damit war es
auch zu Ende. Und der größte Teil unserer Zeit-
ungen brachte es nur auf zwei Worte der Kritik:
Kommentar überflüssig. O nein, man darf nicht
schweigen, wenn es sich um eine so wichtige Ange-
legenheit handelt, und zwar darum, ob bei uns auch
die Kirche als Germanisationswerkzeug dienen soll.
Also bei uns Polen ist es schon soweit gekommen, daß
der Schulinspektor von den Geistlichen die Ein-
führung des deutschen Gesanges in den Kirchen for-

dert, indem er dabei als Vollstrecker der Anordnungen
der geistlichen Behörde auftritt?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn es
der Regierung gelingen sollte, auf Grund der bischöf-
lichen Verfügung den deutschen Gesang während der
Schulmesse in Masuren einzuführen, sie das nachher
auch in anderen Diözesen der Parochie fordern, und
nachdem sie dies erreicht hat, die Beseitigung des
polnischen Gesanges in unseren Kirchen allgemein
fordern würde.

Daß unsere geistliche Behörde keine weiteren
reichenden Absichten hat, davon sind wir überzeugt,
aber daß sie die Regierung hat und daß diese erste
Nachgiebigkeit sie in ihrer Absicht befestigen wird,
daruüber herrscht wohl kein Zweifel.

Hierbei können wir uns über eine Sache nicht
genug wundern, daß bei uns gewisse deutsch-katho-
lische Kreise nicht verstehen wollen, daß in
unserer Diözese die polnische Sache
mit der kirchlichen Sache auf das
Engste verbunden ist und daß da-
her jede Schwächung des Polen-
tums gleichzeitig eine Schwächung
der katholischen Kirche bedeutet.
Ich würde ihnen empfehlen, gelegentlich einen Aus-
flug nach dem Briesener Kreise zu machen, der unter
allen Kreisen Westpreußens und des Herzogtums
durch die Ansiedelung am meisten gelitten hat. Dieser
früher fast ganz polnische und katholische Kreis ist
jetzt schon zur Hälfte lutheranisiert; es schießen neue
lutherische Schulen und Gotteshäuser aus der Erde
wie Pilze nach dem Regen. Zu den früher gebauten
Gotteshäusern soll im künftigen Jahre noch ein neues
in Ostrowite (?) hinzukommen. Das Material
dazu wird schon angefahren. Währenddem gehen
die katholischen Kirchen und Parochien zurück.

Mögen sich unsere Deutschkatho-
liken keiner Täuschung hingeben:
die Schwächung der Polen wird
nicht etwa den Zentrumspartheilern,
sondern den Protestanten Vorteile
bringen.

Aus Nr. 153 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 22. Dezember 1904:

Ein interessanter Prozeß

Ist kürzlich in Bouthen in Oberschlesien zur Verhand-
lung gekommen. Angeklagt war der Redakteur der
polnischen Zeitung Gwiazda, und zwar deshalb, weil
er die polnischen Eltern aufgefordert hat, mit ihren
Kindern zu Hause nur polnisch zu sprechen und ihnen
das Deutschsprechen zu verbieten. Der Staatsan-
walt bezeichnete das als eine Aufforderung zum
Ungehorsam und beantragte die höchste Geldstrafe in
Höhe von 600 Mark.

Trotz der glänzenden Verteidigung des Rechts-
anwalts Herrn Winkowski verurteilte das Gericht
den angeklagten Redakteur im Sinne der Ausfüh-
rungen des Staatsanwalts zu 450 Mark Geldstrafe
oder zu 3 Monaten Gefängnis.

Urteile darf man nicht besprechen bezw. kriti-
sieren, doch man darf erwägen, welche Folgen ein
Urteil nach sich zieht, und ebenfalls dürfen wir dar-
über nachdenken, wie man sich einem solchen Urteil
gegenüber verhalten muß.

Nach dem Beuthener Urteil soll es nicht erlaubt sein, die polnischen Eltern aufzufordern, daß sie zu Hause nur polnisch sprechen und das deutsche Schwadronieren nicht leiden!

Es ist traurig, daß es noch Leute gibt, die man daran erinnern muß, daß sie zu Hause den Kindern gegenüber weder eine andere Sprache gebrauchen noch dulden als die polnische. Aber es gibt noch solche Leute und zwar ganze Massen. Sie sind zwar Polen, aber infolge ihrer großen Unwissenheit fühlen sie sich an nationale Pflichten nicht gebunden und setzen ihre Kinder der Germanisierungsgefahr aus.

Und darf man denn solche Leute ihrem Schicksal überlassen? Um sie selbst braucht man sich wohl nicht zu kümmern, denn sie haben es ihrer großen Unwissenheit zu verdanken, doch ihre Kinderchen sind nicht schuld daran, daß sie solche Eltern haben. Die Kinderchen muß man retten! Diese Pflicht legt jedem das Gewissen auf!

Ja freilich, aber das Gericht in Beuthen hat gesagt, daß man die Eltern an ihre Pflichten hinsichtlich der Muttersprache nicht erinnern darf!

Wir haben doch aber in Preußen das Recht als Polen zu existieren! Es steht nirgends geschrieben, daß wir nicht Polen sein und die Kinder nicht polnisch erziehen dürfen.

Und wenn auch das Beuthener Urteil bestehen bleiben sollte, so wird doch kein rechter Pole zu rufen unterlassen: „Polnische Eltern, mögen Eure Kinder zu Hause nur die polnische Sprache hören und gebrauchen!“

Vor allem aber werden die Zeitungen mit dieser Aufforderung nicht aufhören, so lange es notwendig sein wird! Und der barmherzige Gott wird sich doch über uns erbarmen!

Aus Nr. 153 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 22. Dezember 1904:

Wie gut es uns Polen unter der preussischen Regierung geht,

dafür könnte man Tausende von Beweisen anführen. Trotzdem wagen es die polenfrefferischen Schmierfinken von Wohlthaten zu reden, deren wir teilhaftig werden. Na, ihr Schnabel wird wohl etwas kleiner werden, wenn sie von nachstehendem Vorfall Kenntnis erhalten.

Der Bäckergehilfe Franz Marzjewski, Zögling der staatlichen Erziehungsanstalt in Tempelburg ist jedenfalls durch einen Irrtum zum Bäcker Herrn Danielowski in Olszok gekommen.

Als der Herr Direktor dieser Anstalt davon Kenntnis erhielt, daß Herr Danielowski Pole ist, hieß er ihn (Marzjewski) dort aufhören und bei einem Deutschen in Arbeit gehen oder in die Anstalt zurückzuführen. In dem einschlägigen Briefe des Herrn Direktors steht ausdrücklich, daß dieser Geselle die Arbeit bei Herrn Danielowski deshalb einstellen solle, weil er Pole ist. Der letzte Absatz lautet wörtlich wie folgt:

„In keinem Falle dulde ich es, daß Sie bei einem Polen in Arbeit treten.“

Wenn das ein Franzose oder ein anderer Ausländer hören würde, der die hiesigen Verhältnisse nicht kennt, der müßte denken, daß jeder Pole ein Spitzbube ist. Denn wie soll man das Vorgehen dieses Herrn Direktors verstehen, der dem Zögling einer staatlichen Anstalt verbietet bei einem Polen Arbeit zu nehmen?

Wir Polen sind doch Gott sei Dank weder Spitzbuben noch anstößige Leute, sondern im Gegenteil, wir sind eine gottesfürchtige und fromme Nation!

Daß uns die Herren Preußen aber als die schlimmsten Leute stempeln, kann uns auch noch nicht zur Verzweiflung bringen. Denn, wenn wir auch arme Leute und der Dichte sowie des Vaterlandes beraubt sind, so können wir doch den Leuten dreist in die Augen sehen. Wir haben schlecht gewirtschaftet, wir waren zu weichlich und gutmütig, wir ließen uns von den verschiedenen Nachbarn herumzerren und bestehlen, doch sonst ist unsere Vergangenheit so rein wie eine Träne. Darum können wir auch stolz darauf sein, daß wir Polen sind.

Mögen sie uns deshalb so verächtlich behandeln, wie sie nur wollen, es wird die Zeit kommen, wo jedem Gerechtigkeit widerfahren wird, und diese Zeit brauchen wir Polen nicht zu fürchten.

Aus Nr. 4 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 10. Januar 1905:

Zoppot.

Das Haus, in dem früher das Pensionat der Frau Deichsel gewesen ist — gegenüber dem Kurhause — hat Herr Alfons Chmielewski aus Domniew (?) gekauft, während das Pensionat Frau Marie Pstronska schon in der nächsten Saison weiterführen wird. Alle, die den Besitzer und die Pensionatsvorsteherin kennen, werden diese Nachricht mit großer Freude aufnehmen, und Fremde werden in diesem Pensionat eine wirkliche polnische Häuslichkeit und eine vortreffliche Küche finden.

N. B. Von unserer Seite aus empfehlen wir das neue Unternehmen dringend und wünschen dem neuen Unternehmen den besten Erfolg.

Aus Nr. 152 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 20. Dezember 1904:

Korrespondenz aus dem Kreise Neustadt.

Auch wir haben Erfahrungen.

In den Nummern 140, 141 und 142 der Gazeta Gdańska habe ich die Erfahrungen gelesen, die ein gewisser Herr Meyer, lutherischer Lehrer in Bankau bei Danzig, mit polnischen Kindern und polnischen Eltern in Simultanischulen gemacht hat. Aber auch wir haben in unserer Stellung als polnisch-katholische Eltern Erfahrungen gemacht, die uns sehr zugute kommen, und um so mehr, als wir alle auf das was um uns herum geschieht, immer offene Augen haben und irgend welche Neuerungen sofort abwehren werden.

Denn nicht nur Herr Meyer verfährt so, sondern in seine Fußtapfen treten sehr viele, viele ihm ähnliche junge und alte Pädagogen.

Als ich vor zehn Jahren noch die Schule besuchte, betete unser verstorbener Lehrer — der Herr leuchtete über seiner Seele — vor dem Unterricht immer den zehnten Teil des Rosenkranzes in polnischer Sprache, wobei wir Kinder in den Bänken knieten. Dieser geschätzte und edle Mann, dieser gute Hirte führte uns, die ihm anvertrauten Schäfchen auf einer guten Weide, und wir lernten alles das, was die Schule von den Kindern fordert, sowohl polnisch und deutsch, denn sein Grundsatz war, in die Seele

des polnischen Volkes Gottesfurcht einzuflößen, die der Anfang aller Weisheit ist. Dieser ehrwürdige Lehrer jagte nämlich nicht nach den „ostmarkami“, ihm genügte die vom Propheten Daniel prophezeite Belohnung, daß „die Lehrer und Lehrenden wie die Sterne am Himmel glänzen werden.“

Obgleich auch schon damals sehr schwere Zeiten waren, obgleich auch von ihm gefordert wurde, er solle die Kultur einimpfen, so ging er, indem er die ihm gegebenen Vorschriften erfüllte, graden Weges vorwärts, ohne seine Pflicht oder sein Gewissen zu verletzen, während die Kinder seiner Schule sich als Kassuben im Unterrichte und im Wissen auszeichneten.

Heute, mein Gott, ist es anders — anders . .

Ich kenne z. B. einen solchen Vorfall, wo der Lehrer jagte: „Warum denn diese alten Weiber sich unter der Nase was vorbrummen und die (Rosenkranz-) Korallen durch die Finger schieben?“ — Es sieht so aus, als wenn dieser Lehrer, obgleich er Katholik ist, den hl. Rosenkranz nicht kennt — und vielleicht kennt er ihn deshalb nicht, um „Zulage“ zu bekommen. Auch unser katholische Gruß sowohl in polnischer als auch in deutscher Sprache ist ihm ein Hindernis; für ihn ist nur „Guten Tag ein schöner deutscher Gruß“. Nach seinen den polnisch-katholischen Kindern erklärten Anschauungen steht diese katholische Lobpreisung Gottes mit dem zweiten Gebote Gottes in Widerspruch (ist das möglich? die Ned.), das den Namen Gottes zu mißbrauchen verbietet; die Polen sündigen also, wenn sie sagen „Gelobt sei Jesus Christus“, da sie nicht wissen, was sie sprechen.

Was jaget ihr zu dieser Kultur, Kassuben?

Wo die Gottesfurcht nicht Grundlage des Unterrichts und der Pädagogik ist, dort muß der Stoc die Ordnung erhalten. Darum spielt auch heute in den Schulen dieses Instrument die Hauptrolle. Die armen auf jedem Schritte verfolgten polnischen Kinderchen fühlen tagtäglich dieses Instrument, das ich einst der Neuzeit ins Wappen setzen und es diesem neumodischen Schulwesen überweisen werde. Und alles das kann straflos geschehen, denn die Polen — so sagen sie offen — seien schlimmer als die Sozialdemokraten, sie seien gegen das v a t e r l a n d o w i.

Der Kaiser hat in Marienburg eine große Rede gegen die Polen gehalten u. a., und obgleich also bei der Bestrafung der polnischen Vögel die Grenze überschritten wird, so geschieht ihnen dafür nichts, denn es ist nämlich Pflicht des Lehrers, die Feinde des vaterland u. a. auszurotten. O Kultur, Kultur!

Es wäre ja unmöglich, das zu glauben, wenn ich nicht mit meinen Ohren solche Sachen gehört hätte, wenn ich nicht diese blau und braun geschlagenen Hände, diese angeschwollenen Gesichter, diese langgerissenen Ohren und diese Beulen am Körper selbst gesehen hätte.

Es ist eine merkwürdige Sache, daß sich die deutschen Pädagogen mit solcher Sorgsamkeit der Tiere annehmen, daß sie sogar Kalenderchen für Kinder herausgeben, um in ihnen schon von Jugend an Barmherzigkeit für die Geschöpfe Gottes einzupumpfen. Wäre es denn nicht an der Zeit, darüber nachzudenken, daß man den Stoc aus der Schule verbannt und daß man in die Herzen der Lehrer gegenüber den unglücklichen polnischen Kinderchen Barmherzigkeit einzupumpfen beginnt?

Aber es ist auch Pflicht der Eltern, eine solche schändliche Behandlung ihrer Kinder und namentlich deshalb weil sie Polen und Katholiken sind, nicht zu dulden.

Der Lehrer hat kein Recht zu quälen, seine Pflicht ist es, die Kinder des polnischen Volkes zu erziehen, und am allerwenigsten darf er die Kinder dafür strafen, weil sie sich zu den Grundsätzen ihrer Eltern bekennen.

Ist es denn dem Lehrer erlaubt, das Kind eines Sozialdemokraten zu quälen, wenn es die Grundsätze und Anschauungen seiner Eltern vertritt? Nein, er darf es nicht tun. Ebenso ist es auch nicht erlaubt, die polnischen Kinder zu quälen, wenn sie den Weg ihrer Eltern verfolgen; sie dürfen dieser Überzeugung wegen nicht einmal beleidigt oder geringschätzig behandelt werden, denn das ist nicht Aufgabe der Schule, die lehren und nicht Politik treiben soll.

Wenn daher, liebe Kassuben, euren Kindern hinsichtlich ihrer religiösen oder nationalen Überzeugungen in der Schule Unrecht geschieht, so kennt ihr doch den Weg, auf dem ihr die euch zustehenden Rechte erlangen könnt. Laßt es niemals zu, daß euer Kind, euer Schatz, wegen der ihm überlieferten Überzeugungen gequält werde — denn das ist genau dasselbe, als wenn ihr gequält würdet.

Und bist du, lieber Bruder, denn weniger wert, als dieser oder jener Schlaupf? Zahlst du denn keine Abgaben? Mußt du deine Söhne nicht zum Militär geben? Und dafür sollst du noch verfolgt werden, dafür soll man dir noch eine fremde Sprache, fremde Sitten und Gewohnheiten aufdrängen? Nein, lieber Bruder! Gehe dem Kaiser, was des Kaisers ist, und fordere für dich, was dir als Pole und Katholik zukommt.

Es grüßt euch alle euer Bruder

Kassube.

Aus Nr. 291 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 20. Dezember 1904:

Pr. = Stargard.

Herr Johann Delinski aus Dombrowko teilt uns mit, daß er bisher als Vorarbeiter auf der von Lubichowo nach Stargard führenden Chaussee gearbeitet habe, und er aus dieser Stellung entlassen worden sei, weil er dem Volksverein in Bobowo als Mitglied beigetreten wäre und in diesem Verein geredet hätte.

Aus Nr. 152 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 20. Dezember 1904:

Flatow, 15. Dezember 1904.

Heute haben in unserer Stadt die Stichwahlen zwischen den polnischen Stadtverordneten kandidaten Banglitz und Tateira und den deutschen Stadtverordneten kandidaten Brandt und Krug stattgefunden. Die Deutschen haben, wie man erwarten durfte, gesiegt, doch nicht etwa aus dem Grunde, daß sich die polnischen Wähler nicht zur Wahl gestellt hätten, sondern vielmehr infolge eines bei den ersten Wahlen unsererseits begangenen großen taktischen Fehlers. Wer nämlich die hiesigen politischen Verhältnisse einigermaßen kennt, der weiß, daß gegenüber den vereinigten Deutschen und Juden die polnische Kandidatur niemals einen günstigen Erfolg erzielen wird. Der polnische Kandidat kann nur einzig und allein durch ein Kompromiß die erforderliche Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereinen. Warum hat man die Abschließung eines Kompromisses unterlassen? Aus welchem Grunde sind dieses Mal sogar zwei Kandidaten aufgestellt worden? Infolge dessen wer-

den wir vom 1. Januar f. J. (1905) ab, anstatt eines Stadtverordneten — keinen (!) haben.

Im hiesigen Magistrat war als langjähriges polnisches Mitglied Herr Sobierajczyk vertreten, der übrigens vor kurzer Zeit einstimmig wiedergewählt worden ist. Herr Sobierajczyk hat nun gestern krankheits halber sein Amt als Magistratsmitglied und als Mitglied der Schuldeputation niedergelegt — jedenfalls das letzte polnische Mitglied dieser beiden städtischen Körperschaften in Klatow.

Aus Nr. 8 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 11. Januar 1905:

In Gruczno (?)

wird ein Arzt gebraucht. Es wäre gut, wenn sich dort ein polnischer Arzt niederließe. Er würde dort eine einträgliche Praxis haben, da das Dorf groß und die Umgegend überwiegend polnisch ist.

Aus Nr. 3 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 7. Januar 1905:

Luchel.

Ein polnischer Drechsler würde hier ein gutes Auskommen finden, da hier viele Tischler sind, die sich einen solchen wünschen.

Aus Nr. 3 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 7. Januar 1905:

Pieckel, (?) bei Stuhm.

Hier ist ein polnisch-katholischer Schneider nötig. Zu melden unter der Adresse Stefan Domanski-Pieckel bei Stuhm, der nähere Auskunft erteilt.

Aus Nr. 293 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 22. Dezember 1904:

Aus Ostpreußen.

Der in Nummer 276 der Gazeta Toruńska enthaltene Artikel „Die vergessenen Brüder“, der von den Masuren handelte, hat mich sehr interessiert. Es ist wirklich eine unbegreifliche Sache, daß unsere Volksgesamtheit diesem über 300 000 Köpfe starken Zweig der polnischen Bevölkerung in Ostpreußen so wenig Interesse bezeigt. Nicht nur an Interesse mangelt es, sondern es ist sogar wenig Kenntnis über die Verhältnisse in Masuren in unserer Volksgesamtheit vorhanden. Denn da wir in den Zeitungen tagtäglich von Schlesien, von der polnischen Kolonie in Berlin, vom Emigrantentum im Rheinland und in Westfalen und in den verschiedenen deutschen Fürstentümern lesen, ist von Masuren nichts zu hören. Zur Zeit der Reichstagswahlen erscheint wohl in Masuren ein Posener Kandidat, der einige Tausend Auftrufe und etwas Geld zur Agitation verteilen läßt, dann aber in Posen auf das die Mitteilung enthaltende Telegramm wartet, daß er zum Abgeordneten gewählt sei. Da jedoch die Aufklärungsarbeit unter dem Volke nicht damit beginnt, fällt der Kandidat durch und in Masuren ist es wieder fünf Jahre hindurch finster und ruhig.

Doch die Leute, denen die Sache des polnischen Volkes hier nicht gleichgültig ist, fragen mit Schrecken:

Was wird daraus werden — was wird daraus werden —?

Werden sich dann in der polnischen Volksgesamtheit weder Mittel noch Leute finden, um über $\frac{1}{4}$ Million unserer Brüder vor der Germanisationshochflut zu schützen? Wenn nur der zehnte Teil des Interesses Masuren zugewendet werden würde, das die Zeitungen und die Gesamtheit Oberschlesien schenkt, wie anders würde es hier um die polnische Sache stehen. Oder wäre es nicht besser, vernünftiger und nützlicher, in Masuren eine Zeitung zu gründen, als in Dortmund, wo die Emigranten schon eine Zeitschrift hatten? Das kann ich verbürgen, daß, obgleich zwar das masurische Volk auch in nationaler Beziehung nicht so aufgeklärt ist, wie z. B. das Volk im Posenischen, so ist seine Anhänglichkeit zur Muttersprache doch noch bedeutend größer. Ich habe mich davon aus verschiedenen Briefen verschiedener Masuren überzeugt, die, indem sie von der polnischen Sprache schrieben, sich über sie mit einer Ehrerbietung ausdrückten, wie sie nur der beste Sohn seiner geliebten Mutter zum Ausdruck zu bringen fähig ist.

In Masuren ist also eine große und dankbare Ernte, doch muß mit der Arbeit systematisch am Fundamente begonnen werden, und man darf nicht gleich träumen, Reichstagsabgeordneter oder auch nur Stadtverordneter in Mikolajken (?) zu werden. Diese Ehren bringen zur Zeit weder den Masuren noch der Gesamtheit einen Vorteil, sondern sie reizen unnötigerweise die preußischen Junker, denen die Reisen nach Berlin nötig sind, da ihnen der masurische Sand zu sehr unter den Füßen brennt. Wenn die Stunde kommt, wird schon derjenige, der sich würdig erweist, Abgeordneter werden, doch vorerst ist Arbeit und nochmals Arbeit nötig.

Und diese Arbeit darf nicht mehr länger verschoben werden, wenn unsere Gesamtheit nicht der Vorwurf treffen soll, daß sie die wehrlosen Masuren bewußt und absichtlich der Germanisation als Beute überlassen hat.

Ein Ostmärker.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 9 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 12. Januar 1904:

Kattowitz.

Aus Rom erhielten wir folgende Neujahrswünsche: Der geehrten Redaktion entbiete ich meine aufrichtigen Wünsche zu einem glücklichen und günstigen neuen Jahre! Möge die Arbeit der Redaktion um die Hebung und Besserung des Loses der niederen Schichten des polnischen Volkes von dem günstigsten Ergebnis gekrönt sein, das alle Verdienungen und Verfolgungen reichlich belohnt, denen Sie, die Redaktion, bei der erhabenen Arbeit begegnen muß. Möchte euer Blatt stets auf der Wacht der teuersten Schätze, wie der Glaube und unsere Nationalität sind, stehen und nie von dem Wege abweichen, der zum Ziel — der Wahrheit führt, möchte es nie den Leitstern, d. i. den Ruhm Gottes und das Wohl des Nächsten aus den Augen verlieren.

Geistlicher P. D.

Aus Nr. 7 des Głos Śląski (Gleiwitz)

vom 10. Januar 1905:

Ein neuer Feind des bedrängten Deutschtums.

Die kassatistischen Blätter begannen schon Siegeshymnen über die vorjährige antipolnische Arbeit anzustimmen, als sich ihren ängstlichen Augen ein neues Gespenst, ein neuer Feind, ein neu ausgehecktes Bollwerk des Polentums, — der p o l n i s c h e G e i s t l i c h e zeigte. Der polnische Geistliche ist in den Augen der Kassatisten nicht bloß eine starke Stütze des Glaubens unserer Väter und eine mächtige Säule der Nationalität geworden — nein, er gilt heut bei ihnen als Aufwiegler des Volkes, als Zerstörer aller germanisierender Bestrebungen, als verbissener Feind des Deutschtums — mit einem Worte als gefährlichster großpolnischer Agitator. Spricht doch dieser Geistliche zu seinen Parochianen vom Altar und von der Kanzel polnisch, bereitet er doch die Kinder zum Empfang der ersten hl. Kommunion in polnischer Sprache vor, ermahnt er doch polnisch die Sünder im Beichtstuhl, duldet er doch in der Kirche den polnischen Gesang, in den kirchlichen Vereinen die polnische Sprache. Ist das alles nicht schwarzer Undank, sind dies nicht strafbare Verbrechen und nichtswürdige Angriffe gegen das bedrängte Deutschum?

„Und die Regierung erlaubt es“ — schreien erbittert die kassatistischen Blätter — „daß Geistliche, preußische Beamte, so schmählich die Befehle ihrer Behörde vergewaltigen? Gibt es dagegen im preußischen Staate kein Heilmittel? Fort mit solchen Beamten; fort mit den polnischen Pfarrern!“

So ruft seit einer gewissen Zeit die uns feindlich gesinnte Presse, so schreien zahlreiche Scharen leidenschaftlich entfesselter Kassatisten, indem sie unaufhörlich die Regierung gegen alle braven und gerechten Priester aufwiegeln, welche nicht die Liebe zum Mannen der Liebe zu Gott und zum Nächsten vorziehen, und die ihre göttliche Sendung genau erfüllen.

Vergeblich sind die Bemühungen, diese Leute zu überzeugen, die einer nüchternen Beurteilung der Polen schon längst bar sind; durch die kräftigsten Beweisgründe lassen sie sich von ihrer irrigen Ansicht nicht überzeugen.

Schwierig, sehr schwierig ist also heut die Lage unserer polnischen Priester; und es stehen noch traurige Zeiten bevor; möchte Gott nicht zulassen, daß es so weit käme, daß ein guter und gewissenhafter Seelenhirt zu sein, soviel bedeuten sollte, als von vornherein auf das Recht verzichten, höhere Stufen in der Hierarchie einzunehmen, als Schikanen und ungerechten Angriffen der Kassatisten und deren Hintermänner preisgegeben zu sein.

Aus Nr. 7 des Gornoslazak (Rattowitz)

vom 10. Januar 1905:

Die Zentrumsleute beginnen ihre Arbeit von neuem.

Sie haben den Beuthener Skandal schon vergessen, sie haben das Gespött und die Verhöhnungen aller Andersgläubigen vergessen, und schon wieder fangen die Zentrumsgeistlichen an, sich durch ihre Politik auszuzeichnen. Aus verschiedenen Orten wird uns mitgeteilt, daß gewisse Geistliche wegen Lesens des Gornoslonzak wiederum keine Absolution erteilen, daß sie bei der Beichte von den Leuten das Versprechen abverlangen, daß sie unser Blatt nicht

lesen werden; auch bei ihren Kolendenbesuchen drohen sie den Leuten, daß sie ihnen keine Absolution erteilen werden, wenn sie den Gornoslonzak lesen. Vorläufig begnügen wir uns mit der Veröffentlichung von zwei derartigen Fällen, wir künden aber den Beginn eines r ü c k s i c h t s l o s e n K a m p f e s an, wenn die Zentrumsgeistlichen die nichtswürdige Agitation gegen die polnische Nationalität und gegen die polnischen Blätter nicht einstellen werden. Nicht uns wird die Schuld treffen, wenn der herrschende Friede wiederum gestört werden, wenn mit den deutschen Geistlichen von neuem ein heftiger Kampf beginnen wird, wenn sich in den Parochien wiederum unliebsame Verhältnisse einbürgern werden. Pfarrer Berlich aus Michalkowitz sprach bei seinen Kolendenbesuchen überall dort, wo er den Gornoslonzak fand, die Drohung aus, daß er dessen Lesern keine Absolution erteilen werde. Der frühere Kaplan Wojtek aus Rozhin erteilte keine Absolution, wenn ihm nicht das Versprechen gegeben wurde, daß man das Lesen des Gornoslonzak einstellen werde. Der Nachfolger des Kaplans Wojtek handelt ebenso. Wir könnten noch andere anführen. Um der lieben Eintracht und um des Friedens willen bitten wir hiermit die Zentrumsgeistlichen, sie möchten diese häßliche gegen unser Blatt gerichtete Agitation unterlassen. Wir geben ihnen keine Veranlassung hierzu, wenn ihnen aber das Polentum und die nationale Bewegung ein Dorn im Auge ist, so mögen sie ihre Gefühle im tiefsten Innern ihres Herzens verschließen, um kein Ärgernis zu erregen. Man kann ein guter Katholik sein, ohne dem Zentrum anzugehören. Das wissen die Geistlichen sehr wohl, und deshalb mögen sie sich im Interesse der katholischen Sache beruhigen und die nationalen Blätter in Ruhe lassen.

Aus Nr. 7 des Gornoslazak (Rattowitz)

vom 10. Januar 1905:

M i c h a l k o w i t z.

Unsern Landsmann, den Schneidermeister Soltysiek, boykottiert die Verwaltung der „Max“-Grube. Der Grubenverwalter Herr Schweinitz soll den Bergleuten verboten haben, Herrn Soltysiek zu besuchen und bei ihm Kleider anfertigen zu lassen, und manche unter diesen Leuten sind so furchtbar, daß sie den Befehlen des Herrn Verwalters gehorchen. Wenn obige Nachricht wahr ist, fordern wir die Landsleute auf, einem solchen Grubenmacht-haber nicht zu gehorchen, sondern den polnischen Schneidermeister ehrlich zu unterstützen.

Aus Nr. 7 des Gornoslazak (Rattowitz)

vom 10. Januar 1905:

Z a b o r z e.

Am der neu gebildeten Straße, welche Zaborze A mit dem Gutsbezirk Zaborze B verbindet, wird im Frühjahr eine ganze Reihe von Familienhäusern, sogenannten „herrschaftlichen“ Häusern, errichtet werden. Die einschlägige Genehmigung ist von der Regierung bereits eingetroffen. Es wird also wiederum eine ganze Reihe von Häusern entstehen, die dazu beitragen, den Arbeiter vom Arbeitgeber möglichst unabhängig zu machen. Wenn sich aber der polnische Arbeiter mit seiner blutigen Arbeit etwas Geld erspart und ein Stück Land erwirbt, auf dem er ein Häuschen errichten will, damit er wenigstens in seinen alten Jahren ein eigenes Dach über dem Haupte habe, dann beginnt der berüchtigte

§ 13 b des neuen Ansiedelungsgesetzes seine Tätigkeit, und es folgt die „Prüfung“, ob dieses kleine Häuschen nicht etwa der deutschen Ansiedlung im Wege steht. Wie aber solche „Prüfungen“ ausfallen, davon uns zu überzeugen, hatten wir in dieser kurzen Zeit schon manchmal Gelegenheit. Zu solchen Verhältnissen hat die gegenwärtige hakatistische Strömung geführt, die den Preußen gewiß nicht zum Ruhm gereichen dürfte, und die auch bereits von ehrlichen und gerechten Deutschen verurteilt wird.

Aus Nr. 5 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 6. Januar 1905:

(Eine Kolende*)
unter Aufsicht der preussischen Polizei.

Lipine.

Der Verein katholischer Arbeiter in Lipine beabsichtigte, wie alljährlich, so auch heuer am Neujahrstage eine Kolende zu veranstalten, und bei dieser Gelegenheit auch ein Krippenspiel für die Mitglieder und deren Familien aufzuführen. Den polizeilichen Vorschriften Genüge leistend, hatte der Vereinsvorstand bereits am 27. November der Polizei von der Veranstaltung des Krippenspiels und der Kolende Mitteilung gemacht. Hierauf erhielt der Vorstand von der Polizei eine Antwort, welche folgendermaßen lautet:

Lipine, den 6. Dezember 1904.

Zusolge Ihres Schreibens vom 27. v. M. betreffend Anzeige über Veranstaltung einer Krippendarstellung am 1. Januar 1905 werden Sie hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß öffentliche Darstellungen aus der biblischen Geschichte des alten und neuen Testaments nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herrn Ministers zugelassen werden können.

Falls Sie nicht eine Ministerialgenehmigung in glaubhafter Form vorweisen werden, so darf die erwähnte Darstellung nicht stattfinden.

gez. Joseph.

Da der Vereinsvorstand die Ansicht vertrat, daß die Genehmigung vom Minister nicht rechtzeitig eintreffen dürfte, antwortete er der Polizei, daß das Krippenspiel unterbleiben werde, und daß nur vier lebende Bilder zur Darstellung gelangen werden.

Aber auch hier war die Polizei sehr neugierig, was für Bilder dies sein werden. Zufolge Aufforderung der Polizei erschien also am Polizeiamte der Vereinsvorsitzende und erklärte, daß folgende Bilder zur Darstellung gelangen werden: Die Verkündigung der Jungfrau Maria; die Hirten an der Krippe; die drei Könige und das Märtyrium des hl. Stephanus. Hierauf erklärte der Herr Amtsvorsteher, das seien biblische Bilder, und diese seien verboten.

Da der Vorsitzende nicht wiederum mit der Polizei in Konflikt geraten wollte, weil er davon bei der letzten Liebhabervorstellung genug gekostet hatte, erklärte er sofort auf der Polizei, daß auch lebende Bilder zur Darstellung nicht gelangen würden, und hierzu mußte er sogar seine Unterschrift leisten. Auf die Anfrage des Herrn Wachtmeister Helbing, was nun der Vorstand veranstalten werde, da das Krippenspiel, wie die lebenden Bilder verboten worden seien, erwiderte der Vorsitzende, daß nur eine Kolende mit Abführung einiger Weihnachtslieder stattfinden, daß die Vereinskapelle ein paar Musikstücke spielen und hierauf die Verlesung eines Christbäumchen erfolgen werde.

*) Weihnachtsfeier.

Wie groß aber war unser aller Erstaunen, als am Neujahrstage, da der Herr Pfarrer mit dem Segen des neugeborenen göttlichen Kindleins bereits gekommen war, plötzlich im Saale ein Polizist erschien, um die Kolende zu überwachen. Zu Lipine fand also im Verein katholischer Arbeiter eine Kolende unter Aufsicht der preussischen Polizei statt. So sieht die bürgerliche Freiheit in einem Staate aus, der sich rühmt, eine höhere Kultur zu besitzen. Reicht denn wirklich die Macht der preussischen Polizei so weit, daß sie sogar einen Priester beaufsichtigen darf, wenn er mit seinen Parochianen am Christbaum ein Weihnachtslied singt? Hat vielleicht der Herr Minister an die Polizei eine solche Verordnung erlassen? Jedenfalls wird der Vorstand an den Regierungspräsidenten eine Beschwerde richten.

Ein Vereinsmitglied.

Aus Nr. 2 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 6. Januar 1905:

Über die „Germanisierung in Butkowiz“

erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Butkowiz, den 1. Januar 1905.

An den Artikel: „Germanisierung in Butkowiz“ (in Nr. 105 der Gazeta Opolska vom Vorjahre) erlaube ich mir einige Bemerkungen zu knüpfen:

Die Parochie Butkowiz ist ausgedehnt; sie liegt vom Arzt und von der Apotheke weit weg; die Bevölkerung besteht größtenteils aus Arbeitern; die Wohnhütten sind alt. Zur besseren Fürsorge und Pflege der Kranken wurden hier Schwestern aus Boremba bei St. Anna eingeführt; im verfloßenen Jahre wurde auf Vermöhen des Herrn Pfarrers Niedl ein schönes Kloster errichtet. Da in der Nähe dieses Klosters ein großer Teil der Arbeiterfamilien wohnt, die Väter aber in die Fremde, die Mütter ins Feld zur Arbeit und die größeren Kinder in die Schule gehen, bleiben häufig die kleinen Kinder ohne Aufsicht zu Hause oder auf der Straße zurück. Wieviel Unfälle und Schäden hieraus schon entstanden sind, braucht man nicht viel zu fragen. Aus diesem Grunde wurde an jenem Kloster eine Kinderbewahranstalt gegründet. Die Schwestern gewähren Kindern Aufnahme, pflegen und unterrichten sie, die Eltern dagegen sind gewiß, daß ihnen nichts Böses zustoßen wird.

Anlässlich des Weihnachtsfestes wurde besonders für arme Waisen Kinder eine Theatervorstellung veranstaltet, nicht mehrere Vorstellungen von Zeit zu Zeit, wie der Artikel besagt, sondern diese Vorstellung fand zum ersten Male am vierten Adventssonntage statt. Die Vorstellung ist sehr gut gelungen, namentlich aber das Bethlehener Krippenspiel, wobei diese dreijährigen Kinder wie Engel und Hirten ausfielen; ebenso hat das lebende Bild der hl. Familie die Zuschauer sehr erbaunt. Daß hierbei Schulkinder sangen, ist doch keine Germanisierung.

Unser Herr Pfarrer germanisiert und polonisiert nicht, sondern er handelt nach der ihm erteilten Vorschrift, und weil die Parochie Butkowiz polnisch und deutsch ist, gewährt er jedem, was ihm gebührt.

Mit dem ersten Teile des vorerwähnten Briefes sind wir einverstanden, wir anerkennen auch die Wohltaten des Klosters, denn schon in Nr. 105 unseres Blattes vom 27. Dezember 1904 schrieben wir: „zugleich mit den Wohltaten dieser Anstalt fand sich ein ungebeter Gast: die Germanisation ein.“ Daß diese Germanisierung besteht, hat, wie wir bemerkten, das hiesige evangelische Organ, die Oppelner Ztg., festgestellt, indem sie die Verdienste

der von den Klosterischwestern eingerichteten „Spiel-
schule“ hervorhob, in welcher sogar dreijährige
Kinder germanisiert werden. Der Korrespondent ist
auch nicht im Stande, im zweiten Teile seines Briefes
nachzuweisen, daß eine Germanisierung nicht be-
stehe; er schreibt nämlich:

1. daß die Kinder von den Schwestern gepflegt
und unterrichtet werden, er setzt aber nicht hinzu, daß
sie deutsch unterrichtet werden; 2. schreibt er, daß
„anlässlich des Weihnachtsfestes eine (deutsche) Vor-
stellung zum ersten Male am vierten Adventssonntage
veranstaltet wurde“, er fügt aber nicht hinzu, daß
eine deutsche Vorstellung bereits ein anderes Mal aus
einem anderen Anlasse stattgefunden hat, und zwar
zu Gunsten des Klosters, soviel wir uns erinnern.
Damals erhielten wir von einem Pfarrer ein deut-
sches Plakat mit der Benachrichtigung von jener
Vorstellung zum Beweise, daß eine Germanisierung
da ist; 3. schreibt der Korrespondent: „... daß hier-
bei „Schul“ Kinder sangen, ist doch keine Germani-
sierung“, — wir aber fügen hinzu: daß hierbei pol-
nische Kinder deutsch sangen, was Germani-
sierung ist!

Mit welchem Recht übrigens der Korrespondent
die Parochie Butkowitz polnisch und deutsch nennt,
wissen wir nicht, denn außer den paar zugewanderten
(und überdies nicht allen) Förstern und Lehrern
gibt es dort keine geborenen Deutschen. Es bleibt
also höchstens nur die eine Möglichkeit übrig, daß
sich die polnischen Bürger ihrer nationalen Empfin-
dungen schon so weit entledigt haben, daß sie sich
selbst entnationalisieren und erlauben, daß ihre
Kinder entnationalisiert werden. Das wäre noch ein
trauriges Zeichen mehr, daß in Butkowitz eine Ger-
manisierung vorhanden ist.

Wir haben dies früher nur festgestellt, und wir
stellen dies mit Rücksicht auf das polnische Volk auch
heut mit Bedauern fest, daß sich die Germanisierung
in das Dorf und in die Parochie einschleicht, wo dem
polnischen Volke, wenn es sich — um mit den Worten
des verstorbenen Geistlichen Engel zu sprechen —
nicht selbst hilft, niemand helfen wird!

Wir stellen diese Tatsache fest, anerkennen aber
andererseits völlig die schwierige Lage, in welcher sich
die Klosterischwestern in Butkowitz oder anderswo
in Schlesien befinden, worüber man besonders aus-
führlich schreiben mußte.

Es ist uns weder um die Schwestern, noch um
den Herrn Pfarrer zu tun, von dem nicht wir, son-
dern die Oppelner Ztg. mit Anerkennung schrieb,
daß er das Deutschtum fördert („Der Dank gebührt
dem Pfarrer“), sondern um das polnische Volk.

Wenn ihr euch nicht selbst helfet, wird euch
niemand helfen! D. h. wenn ihr selbst eure Mutter-
sprache vernachlässiget, wird euch sie niemand er-
halten.

Daß der Korrespondent so veröhnlich schreibt,
erklären wir uns durch Rücksichten, von denen er sich
stets leiten ließ, und von denen er sich auch heut noch
leiten läßt. übrigen ist das aber vielleicht auch
keine wirkliche Überzeugung? Um so trauriger ist es
für unsere Sache.

Dem Herrn Pfarrer Riedl werden wir auf seine
„Abwehr“ in den Opp. Nachr. in der nächsten
Nummer eine nähere Erklärung abgeben.

Aus Nr. 6 des Gornoslazak (Rattowitz)

vom 8. Januar 1904:

Dz i e r g o w i t z.

Am 4. September v. J. wurde in unserem
Dorfe ein Volksleseklub (czytelnia ludowa) ge-
gründet, der sich sehr günstig entwickelt, wodurch be-

zeugt wird, wie sehr unser Volk nach einem guten
polnischen Buche verlangt. In diesen vier Monaten
wurden nämlich 234 Bücher ausgeliehen und gelesen;
davon haben Frauen nur 10 Bücher geliehen, was
sich in Zukunft zum Bessern wenden muß, weil
hauptsächlich gerade die Frau auf Aneignung von
Bildung bedacht sein soll, während der Mann mehr
für den Unterhalt der Familie sorgen muß.

Aus unserer Bibliothek werden Bücher kosten-
los jedem verabfolgt, und zwar an jedem Sonntage
von 1 bis 2 Uhr und von 4 bis 5 Uhr Nachmittags.

Josef Rembof, Bibliothekar.

Aus Nr. 3 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)

vom 7. Januar 1905:

Aus dem Kreise Ratibor.

In Paulan (Pawlowo) wurde am 2. Weihnachts-
feiertage ein Parochialverein katholischer Arbeiter ge-
gründet, welchem 65 Mitglieder sofort beitraten. Leider
wurde dieser Verein bald dem Berliner deutschen
„Verbande“ angeschlossen; von diesem „Verbande“
werden unsere Arbeiter den „Trost“ haben, daß sie an
ihn einen Teil ihrer Beiträge zahlen werden, andere
Vorteile aber hatten unsere Arbeiter von dem Berliner
Verbande bis jetzt nicht, und sie werden auch keine
haben. Unsere Arbeiter müssen sich um ihre eigene
obergeschlesische Organisation scharen, nicht um die
Berliner. Es ist um jeden Pfennig schade, der in
Berlin verloren geht.

Der Hauptzweck des neu gegründeten Vereins
wird der sein, daß das polnische Volk unter dem
Kommando des Zentrums verbleibt.

Aus Nr. 6 des Dziennik Slaski (Beuthen (D.-S.))

vom 8. Januar 1905:

Aus dem Kreise Falkenberg.

Oft gehen verschiedene Agenten von Haus zu Haus,
deutsche Bücher empfehlend und verkaufend. Solche
Bücher darf man von zufällig vorbeikommenden Leuten
nicht kaufen, umsoweniger aber darf man deutsche
Bücher kaufen, denn erstens haben wir überall genug
polnische Bücher, und zweitens weiß niemand, was für
Bücher das sind: häufig können diese nämlich von
Protestanten und anderen Andersgläubigen verfaßt sein,
obgleich sie auf den ersten Blick einen vielleicht un-
schuldigen Titel führen.

Es gibt nichts Besseres als ein gutes polnisches
Buch, es gibt aber auch nichts Schlimmeres und
Verderblicheres als ein schlechtes und umstürzlerisches
Buch. Dessen muß man beim Ankauf von Büchern
stets eingedenk sein. Von unbekannten Leuten, sowie
deutsche Bücher laßt uns niemals kaufen.

Die Agenten, welche mit verschiedenen Schund-
schriften die Häuser aufsuchen, verstehen natürlich schon
zu sprechen und ihre Waren den Leuten unter ver-
schiedenen Vorpiegelungen in die Hand zu drücken;
daher soll man vor solchen Leuten doppelt auf der
Hut sein.

Es traf sich hier im Kreise, daß ein Reisender
den Leuten teure Bücher auf Abschlagszahlung in die
Hand drückte, indem er dabei unwahre Sachen erzählte,
wie z. B. daß ihn der Ortspfarrer schicke, daß der
Herr Pfarrer sogar einen Teil des Kaufpreises aus
eigener Tasche bezahlen werde usw. Auf diese Weise ließen
sich viele arme Leute täuschen, sie kauften teure Bücher, die
sie nicht benötigten, und von denen man noch nicht
einmal weiß, ob sie wenigstens katholisch sind.

Wir wiederholen daher noch einmal: Vor unbekannten Bücherreisenden hütet euch und kauft von ihnen keine Bücher, besonders niemals deutsche Bücher.

Aus Nr. 9 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 12. Januar 1905:

Naklo im Kreise Tarnowitz.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Unlängst, nämlich vor ein paar Wochen, beklagte sich ein Bürger aus unserem Dorfe im Katolik über die Germanisierung durch die Kirche. Mit vollem Recht! Denn wir Polen sind in unserer Parochie zurückgesetzt, in einer Parochie, in welcher auf etwa 1500 Seelen 10 Deutsche und ebensovielen germanisierte Polen entfallen, die übrigen sind Polen. Natürlich haben jene 10 Deutschen ganz ebensoviel Andachten, wie die 1500 Polen. Die Andachten werden in unserer Kirche in folgender Ordnung abgehalten:

An einem Sonntag ist die Andacht (Predigt, Hochamt, Vesper) deutsch, am andern polnisch. An Wochentagen findet die Messe an 3 Tagen in der Kirche und an 3 Tagen in der Schloßkapelle statt, zu welcher das Volk keinen Zutritt hat. Diese Messen pflegen ausschließlich von polnischen Parochianen bestellt zu werden. Zum Gesange während der deutschen Andacht pflegt man sich der Schulkinder zu bedienen. Nicht genug damit; in den letzten Jahren wurden zum Jahreschluß immer polnische Andachten abgehalten. Im verflossenen Jahre jedoch wurde die polnische Andacht abgeschafft und durch eine deutsche ersetzt. Die Abschaffung der polnischen Andacht hat sehr schmerzlich berührt, und als wir die Kirche verließen, gaben die Parochianen laut ihre Unzufriedenheit kund, denn natürlich wohnten dieser Andacht keine Deutschen bei. In unserem Dorfe besteht auch ein Waisenhaus unter Leitung von Nonnen, und dabei befindet sich auch eine Kinderbewahranstalt, eine sogenannte „Spielschule“ für kleine Kinder.

Alles dies sind Wohltaten der Zentrumsleute. Ich habe dieses Bild entrollt, damit die Leser die Möglichkeit hätten, zu erkennen, wie „gerecht“ man uns Polen behandelt. In dieser Angelegenheit haben wir an unsere Blätter schon viel geschrieben, diese aber gaben solche Korrespondenzen selten oder gar nicht wieder, weil sie gewiß glaubten, daß die Berichterstatter nicht die Wahrheit schrieben, oder weil sie mit der geistlichen Behörde nicht in Konflikt geraten wollten. Unsere Presse sollte weder auf die geistliche Behörde, noch auf die Bosheiten unserer Zentrumsleute Rücksicht nehmen, sondern sie sollte alle Germanisierungsgelüste der Kirche scharf verurteilen und kritisieren.

Die Germanisierung der preußischen Schule fürchten wir nicht, aber die Germanisierung durch die Kirche fürchten wir, zumal dort, wo das Volk in nationaler Hinsicht so wenig aufgeklärt ist, wie in unserem Dorfe. Die Folgen dieser Zustände sind schon sichtbar. — Eine ansehnliche Zahl von Kindern besucht nämlich den deutschen Vorbereitungsunterricht zu den hl. Sakramenten.

Damit das Deutschtum keine weiteren Fortschritte mache, müssen wir angelegentlichst darum besorgt sein, daß die Germanisierung durch die Kirche in unserer Parochie aufhöre. Nur dann wird Ruhe herrschen, und unsere katholische Kirche wird darunter nicht leiden.

Aus Nr. 9 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 12. Januar 1905:

Rozdzin.

Achtung! Der Turnverein „Sokol“ aus Rozdzin veranstaltet am Sonntag, den 15. Januar d. J. einen Ausflug nach Jenzor in Galizien. Bei dieser Gelegenheit werden dort die Berichte des Schriftführers, Kassierers, Turnwarts und Ordners erstattet, und die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen werden. Die Kameraden werden ersucht, ohne Rücksicht auf das Wetter an dem Ausfluge möglichst zahlreich teilzunehmen, um endlich einmal die Vereinsfrage gebührend und gründlich zu erörtern. Bei dieser Gelegenheit ersuchen wir auch um Regulierung der Monatsbeiträge, da nach den Sokolskungen derjenige, welcher mit den Beiträgen 3 Monate im Rückstande ist, kein Recht hat, bei der Neuwahl des Vorstandes mitzustimmen. Wir ersuchen daher, die Beiträge an den Kameraden L. Bromboszcz in Schoppinitz (Kolonie Morawa) unverweilt abzuliefern. — Wir bitten auch alle diejenigen Kameraden, welche das Abonnement für den „Sokol“ noch nicht bezahlt haben, dies in den nächsten Tagen zu tun, denn man kann doch von dem Verlage unmöglich verlangen, daß er uns den „Sokol“ kostenlos zusende.

Gut Heil!

Der Vorstand.

Aus Nr. 8 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 11. Januar 1905:

Lubliniz.

Angeichts zahlreicher mündlicher und schriftlicher Anfragen, ob und an welchem Tage die Weihnachtsfeier des polnischen St. Josef-Vereins stattfinden wird, teile ich hiermit den Mitgliedern und Freunden unseres Vereins mit, daß wir in diesem Jahre einen Saal zur Veranstaltung der Weihnachtsfeier nicht erhielten. Die hiesigen Hafatisten haben bewirkt, daß wir trotz aller Bemühungen und Anstrengungen einen Saal nicht bekommen konnten. Aus diesem Grunde kann also in diesem Jahre die Weihnachtsfeier nicht stattfinden.

Nichtsdestoweniger aber hege ich die Hoffnung, daß ihr auch fernerhin der polnischen Sache treu bleiben, und daß ihr niemals die gemeinsam mit Plauderei und echt polnischem Gesange während der vorjährigen Weihnachtsfeier und an den folgenden Abendunterhaltungen verbrachten Augenblicke vergessen werdet.

Der Vorsitzende des polnischen St. Josef-Vereins.

Aus Nr. 2 der Praca (Beuthen D.-S.)

vom 10. Januar 1905:

Bericht über die Tätigkeit des „Verbands gegenseitiger Hilfe“ für den Monat Dezember 1904.

Rechtsbeistand wurde geleistet und folgende Zahl von Angelegenheiten erledigt:

im Bureau zu Beuthen	526
„ „ „ Zabrze	189
„ „ „ Gleiwitz	28
„ „ „ Kattowitz	150
„ „ „ Rybnik	69

Zusammen . . . 962

Aus der Begräbniskasse wurden an freiwilligen Beihilfen in 19 Fällen 785 M. ausgezahlt.

Der Vorstand des Verbands gegenseitiger Hilfe oberischlesischer Arbeiter in Beuthen.

J. V.: Krolit.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 6 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 8. Januar 1905:

Den geehrten Landsleuten, welche im Bereiche der Provinz Sachsen wohnen, wird hierdurch mitgeteilt, daß am 15. Januar d. Js., Nachmittags 3 Uhr in Magdeburg, im Saale des Restaurants „Eiskeller“, Halberstädterstraße 112 (Sudenburg), eine Delegiertenversammlung zwecks Gründung eines sächsischen Bezirks stattfinden wird.

Gleichzeitig werden auch alle polnisch-katholischen Vereine, welche dem „Verbande der deutschkatholischen Arbeitervereine Deutschlands“ noch nicht angehören, gebeten, zu dieser Versammlung ebenfalls Delegierte zu entsenden.

Im Namen des Verbandsvorstandes:

Teodor Bloch,
Berlin O, Straßmannstr. 7.

Aus Nr. 1 des Sokol (Posen)

vom Januar 1905:

Sandersdorf.

Schon seit einiger Zeit besteht hier eine Uneinigkeit zwischen den Vertretern der Deutschkatholiken und den Polen. So wollen sich die ersteren an den Polen rächen, weil sie aber keinen Einfluß auf sämtliche Brotgeber haben, wiegelten sie die Hafatisten (Ostmarkenverein) und die Behörden von der Polizei bis zur Regierung auf. Jetzt hat sich die Regierung die Namen derjenigen Polen verschafft, welche jenen im Wege sind, namentlich aber aus dem „Sokol“-Verein, man ließ die Namen in die schwarze Liste aufnehmen und man entläßt die Leute aus der Arbeit ohne jeglichen Grund, auf bloßen Befehl der Regierung. Auf der schwarzen Liste habe ich ca. 70 gezählt. Auch ich bin aus der Arbeit entlassen worden, trotzdem ich ca. 20 Jahre in einer Kohlengrube arbeitete; als ich nach dem Grunde fragte, wurde mir die Antwort zu teil, es sei auf Befehl der Regierung deshalb geschehen, weil ich Mitglied des „Sokol“-Vereins bin. Es wurde die Bedingung gestellt, daß wir in der Provinz Sachsen eine Beschäftigung nicht erhalten können; daher sind einige nach Westfalen, andere nach dem Königreich Sachsen abgereist, ich selbst bin in meinen Kräften und meiner Gesundheit geschwächt, habe 8 Kinder und darunter noch 6 unter 14 Jahren, deshalb habe ich großen Kummer, und umsomehr, weil jetzt Winter ist.

Euer W.

(Es heißt doch, wir haben einen Staat der Gleichberechtigung. Auf derartige Mitteilungen gerät das Blut in den Adern ins stocken und es bedarf fürwahr eines gestählten „Sokol“-Geistes, wenn man nicht verzweifeln will. Die Kameraden aus Sandersdorf müßten durchaus unseren Landtags- oder Reichstagsabgeordneten einschlägiges Material zuschicken.

Anm. der Red.)

Aus Nr. 3 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 4. Januar 1905:

Blumental (Hannover).

Es wird uns geschrieben: Gar traurig ist es, an die in der Fremde zerstreut lebenden Landsleute zu erinnern, namentlich an diejenigen, welche unter dem Regimente des Herrn Landrats aus Blumental

wohnen. Jener Herr, welcher auch nur ein von den Steuern des Volkes besoldeter Beamter ist, fühlt sich auf seinem Throne so sicher, daß er, wenn die Polen eine Versammlung oder irgend eine öffentliche Zusammenkunft in seinem Kreise veranstalten wollen, einen unerhörten Einfluß auf die Gastwirte ausübt, damit sie ihre Säle zu den Versammlungen nicht hergäben.

Am Sonntag, den 4. Dezember, beabsichtigte die „Polnische Berufsvereinigung“ aus Bochum eine öffentliche Volksversammlung einzuberufen, um sich mit dem Schicksal der dortigen polnischen Arbeiter zu befassen, weil es bekannt ist, daß in diesen Gegenden der Arbeiter manchmal noch in einer geradezu schändlichen Weise ausgenutzt wird. Die Versammlung war vor-schriftsmäßig angemeldet, der Saal war uns versprochen worden. Einige Tage vorher befahl der Herr Landrat in Gemeinschaft mit einem Fabrikdirektor, der ein Geheimer Rat ist, dem Gastwirt in entsprechender Weise, die Hergabe des Saales zu verweigern. Die Versammlung konnte nicht abgehalten werden. Man darf hoffen, daß die Landsleute dadurch, daß sie der „Polnischen Berufsvereinigung“ zahlreich beitreten werden, dem Herrn Landrat die beste Antwort geben und so beweisen werden, daß sie sich ihre Überzeugung von keinem preussischen Beamten aus den Händen reißen lassen. Ich bin neugierig, auf welches Recht sich der Herr Landrat stützt, denn in den Ortschaften seines Kreises bestehen schon andere Organisationen, denen aber solche Schwierigkeiten nicht bereitet werden. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß unsere Abgeordneten bei Gelegenheit die preussischen Minister nach den Gründen des Verbots der polnischen Versammlungen und gleichzeitig auch danach fragen werden, auf welchen Paragraphe sich der Herr Landrat von Blumental stütze, als er es verbot, den Saal herzugeben.

Ein Unbekannter.

Aus Nr. 2 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 3. Januar 1905:

Der St. Albalbert-Verein in Dortmund hielt gestern seine Generalversammlung ab. Nach dem Verlesen des Protokolls erteilte der Vorsitzende dem Herrn Gzarnecki das Wort zwecks Erstattung des Kassenberichts. Die Versammelten waren über die Ausführungen der Revisionskommission nicht sehr erbaut, denn der Verein beschloß sein Jahr mit Beziehung auf die Kassenverhältnisse durchaus nicht günstig. Nach längerer Diskussion wurde auf Antrag des Herrn Suchorski dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Jahresberichte des Schriftführers, Bibliothekars und Kassierers sollen in der nächsten Versammlung erstattet werden. Der hierauf gewählte Vorstand besteht aus folgenden Mitgliedern:

Pindraczak, Vors.;
Tomeczak, stellv. Vors.;
Andrzejewski, Schriftf.;
Loch, stellv. Schriftf.;
Nowotny, Kassierer;
Szymanski, stellv. Kass.;
Lutkiewicz, Bibliothekar;
Lewandowski, stellv. Bibl.

Aus Nr. 2 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 3. Januar 1905:

Dahlhausen.

Der St. Joseph-Verein hielt am Neujahrstage seine Generalversammlung ab. Der Verein besitzt über 60 Mitglieder, obgleich er erst im Juli gegründet

wurde. Der Stand der Kasse ist ebenfalls günstig, es befinden sich gegenwärtig über 50 Mark in ihr; außer diesem Gelde haben die Mitglieder an freiwilligen Beiträgen zwecks Ankaufs einer Fahne über 300 M. gesammelt. Vorläufig ist das Geld in einer Bank untergebracht.

Der neue Vorstand besteht aus folgenden Mitgliedern:

Chmielewski, Vorf.;
W. Stanek, stellv. Vorf.;
Tomaszewski, Schriftf.;
Nawrocki, stellv. Schriftf.;
Talaga, Kassierer;
Szlachetka, stellv. Kass.;
Buchwald, Bibliothekar.

Aus Nr. 1 des Sokol (Posen)

vom Januar 1905:

Wanne I.

Jahresbericht für das Jahr 1904.

In der letzten jährlichen Generalversammlung am 11. September d. Js. wurden in den Vorstand gewählt: Johann Baranski, Vorsitzender; Anton Ziajka, stellvertretender Vorsitzender; Martin Krawczynski, Schriftführer; Viktor Styczynski, stellvertretender Schriftführer; Anton Musielak, Kassierer; Johann Mackowiak, stellvertretender Kassierer; Franz Krzywinski, Bibliothekar; Lorenz Motala, stellvertretender Bibliothekar; Ludwig Szafraniak, Turnwart; Stanislaus Szafraniak, stellvertretender Turnwart; Johann Dinbala und Josef Rastrow, Kassenrevisoren. An Mitgliedern zählte unser Verein Anfang des Jahres 63, im Laufe des Jahres sind 27 beigetreten, am Schlusse des Jahres zählte der Verein 90 Mitglieder, die Mitgliederzahl verringerte sich um 29 Kameraden, gegenwärtig gehören dem Verein 61 Mitglieder an; von diesen sind 36 aktive, durchschnittlich nahmen an jeder Turnstunde 18 Kameraden teil. Die Übungen finden dreimal wöchentlich statt und zwar am Montag und Mittwoch von 7—9 Uhr Abends und am Sonntag von 4—8 Uhr Nachmittags.

Der Verein hat 15 Versammlungen abgehalten, hiervon 2 außerordentliche Versammlungen, 1 jährliche Generalversammlung und 12 Monatsversammlungen. Es wurden 3 Tanzvergünstigungen veranstaltet, welche mit Schauturnübungen verbunden waren, wir müssen jedoch bemerken, daß uns bei der Veranstaltung dieser Vergünstigungen seitens der Polizei große Schwierigkeiten bereitet wurden; namentlich war das Vergnügen, welches am 21. August stattfand, mit großen Hindernissen verbunden, weil die Polizei zur Veranstaltung eines öffentlichen Vergnügens unter keiner Bedingung die Genehmigung erteilen wollte, trotzdem sie an Vergünstigungssteuer den Betrag von 41,50 Mark erhob. Daher fand ein Vergnügen nur für die Kameraden statt, trotzdem überwachten ein Wachtmeister und ein Dolmetscher aus Dortmund das Vergnügen. Gegen 10 Uhr Abends traf der Wachtmeister zwei oder drei Gäste an, welche von Vereinsmitgliedern eingeführt waren, und das sah er als Grund an, das Vergnügen aufzulösen, was er auch tat. Da der Vorsitzende die Aufregung unter den Kameraden merkte, ermahnte er mit besänftigenden Worten alle, den Saal ruhig zu verlassen, denn wenn etwas vorfalle sollte, hätte der Beamte das Recht, gewisse Maßregeln zu ergreifen! So verließen alle musterhaft den Saal und begaben sich nach Hause, umsomehr aber wurden die Herzen der Sokols gestählt. Im Laufe des Jahres wurde

eine Einnahme von 423,25 Mark erzielt, zu übertragen waren 168,90 Mark, mithin zusammen 592,15 Mark. Die Ausgabe betrug im Laufe des Jahres 540,50 Mark, es verbleiben in der Kasse 51,65 Mark.

An Geräten besitzt unser Verein: einen Barren, ein Pferd, ein Sprungbrett, 30 Holzstäbe, 18 Holzstangen, eine Matratze, ein Teiching und drei Bilder, welche auf den Gantagen in Oberhausen und Rastrop für gute Turnübungen errungen wurden. Der Wert der Geräte beträgt 475 Mark.

Der Verein besitzt auch eine Bibliothek von insgesamt 106 Büchern, welche Eigentum der Volksbibliothek (Czytelni Ludowy) in Posen sind.

Die Bibliothek wurde verhältnismäßig von vielen Kameraden benutzt, denn von 90 Mitgliedern benutzten dieselbe 56, welche zusammen 215 Bücher gelesen haben; die Bücher sind größtenteils national-historischen Inhalts.

Johann Baranski, M. Krawczynski,
Vorsitzender. Schriftführer.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 7 des Kuryer Poznanski

vom 10. Januar 1905:

Lemberg, den 6. Januar 1905.

Verlegung des Militärs aus Galizien. Russische Deserteure.

Noch im August v. J. schrieb ich, daß wenn gegenwärtig, aus Anlaß der Schwäche Rußlands in dem unglücklichen Kriege im fernen Osten, die „Gefahr vom Norden“ für Österreich zu drohen aufgehört hat, das in Galizien stationierte militärische Kontingent erheblich verringert wird. Und tatsächlich hat schon die Zurückziehung des Militärs aus Galizien und dessen Verlegung, fast ausschließlich nach Bosnien, Herzegowina und an die Südgrenze, wo es anscheinend eher gebraucht werden kann, begonnen. Zuerst wurde die Verlegung sämtlicher in Galizien garnisonierender Jägerbataillone nach dem Süden angeordnet; die Verlegung vollzieht sich allmählich und soll vor dem April beendet sein. Jetzt wurde die Verlegung der einzelnen Kavallerie-Regimenter angeordnet. Auch diese wird stufenweise durchgeführt. Welcher großen Umfang die Verlegung des Militärs aus Galizien annehmen wird, ist gegenwärtig noch nicht bekannt, aber es steht fest, daß sie in ungeheurem Umfange erfolgen wird. Es wird gesprochen, daß der Garnisonstand in Galizien wieder denselben Stand einnehmen soll, wie im Jahre 1888; am Schlusse des betr. Jahres garnisonierten in Galizien 79 Bataillone Infanterie und Jäger, 78 Eskadronen (13 Regimenter) Kavallerie und 50 Batterien Artillerie. Nach diesem Jahre jedoch begann eine förmliche Überschwemmung Galiziens mit Militär, welche sich bis zum Jahre 1897 hinzog. Die gegenwärtige Zurückziehung des Militärs aus Galizien bedeutet für das Reich große Verluste, denn es werden die bedeutenden Lieferungen für die Garnisonen und zahlreiche Bauten für das Militär und für dessen Zwecke, bei welchen viele Arbeiter beschäftigt wurden, fortfallen. Dann werden manche kleinen Städtchen, welche sich in den letzten Jahrzehnten nur dank der in ihnen stationierten Kavallerie entwickelten, bei welcher, wie bekannt, viele reiche Offiziere dienen, in ihrer weiteren Entwicklung direkt aufgehalten werden.

Soweit es möglich war, ist berechnet worden, daß gegenwärtig in Galizien 12 000 russische Deserteure verweilen. Es sind dies ausschließlich Juden, denn die Christen bilden in dieser Ziffer nicht einmal ein

Prozent. Alle Deserteure sind ohne jegliche Lebensmittel hierher gekommen und sie haben die an und für sich schon riesige Masse jüdischen Proletariats in Galizien vermehrt. Die jüdischen Komitees, die sich in Lemberg, Krakau und in einzelnen Provinzialstädten gebildet hatten, um sich mit der Abschiebung der russischen Deserteure nach Amerika zu befassen, haben die Erwartung getäuscht. Sie haben nur eine geringe Tätigkeit entfaltet und nur einen sehr kleinen Teil der Deserteure zu Ansiedelungszwecken fortgeschickt, so daß man sie dessen beschuldigen kann, daß sie sich nur zum Schein, des Anstands halber, gebildet haben. Hinzugefügt braucht nicht zu werden, daß das Ansiedeln von noch 12000 mittellosen Juden in Galizien für unsere Volksgesamtheit in jeder Hinsicht schädlich ist. Ora.

Rus Nr. 51 des Kraj (Petersburg)

vom 18. (31.) Dezember 1904.

Betrifft unsere Angelegenheiten.

Die Rus hört nicht auf, russisch-polnische Verhältnisse zu erörtern. Zweimal wöchentlich, am Montag und Donnerstag veröffentlicht sie „polnische Briefe“, welchen sie kurze redaktionelle Bemerkungen vorausschickt. Und wir müssen zugeben, daß die bereits erzielten Erfolge dieser journalistischen Erörterungen einen großen, dabei doppelten Wert haben. Zunächst verschwand die über dieser Sache hängenden Nebel, es zeigten sich verschiedene, veränderliche Gestalten, die sie annehmen, wenn man sie von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet. Ferner scheinen von verschiedenen Seiten und Personen einlaufende Briefe zu beweisen, daß, obwohl heutzutage die Verständigung unter zwei Nationen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnet, das Verlangen nach dieser Verständigung ein allgemeines ist. An die Rus schreiben Leute verschiedener Richtungen und Parteien, gemäßigte und radikale, aber sie schreiben alle. Alle glauben also in gleicher Weise an die Aufrichtigkeit dieses Blattes und erwarten eine Zeit, in welcher die Beziehungen zweier Nationen die Gestalt einer auf Achtung und Vertrauen gestützten Freundschaft annehmen könnten. Natürlich sind Zeitungsartikel keine berechtigten Versammlungsbeschlüsse, auch keine Worte des Gesetzgebers, sie sind nur eine Stimme, die da ruft: Bereitet vor und ebnet die Wege — und die Rus will eine derartige Stimme sein.

Zuletzt trat sie anlässlich des den Lesern des Kraj bekannten Aufrufs der Nationalliga mit Bemerkungen auf. Nachdem sie die wichtigsten Stellen des Aufrufs angeführt, kommt sie zu der Schlussfolgerung, daß die Allpolen, wie dies zu erwarten war, jeder Gemeinschaft mit den Russen entsagen, welche darauf gerichtet sein könnte, irgend einen beide Nationen zusammenschließenden Lebenszweck zu erreichen. Sie erklären sich nur zu einer vorübergehenden gemeinsamen Arbeit und obendrein mit Elementen bereit, welche sie als Opposition gegen den bestehenden Organismus bezeichnen. Wenn die Allpolen eine rechtmäßige Regierung erhalten haben, werden sie im weiteren Verlauf um eine polnische Sonderstellung Rußland gegenüber kämpfen . . .

Und die Rus erklärt entschieden, daß sie sich mit dem Programm der Nationalliga auf keinen Fall einverstanden erklären könne. Sie ist sogar überzeugt, daß sich kein Russe mit ihm einverstanden erklären und die Möglichkeit einer Dezentralisierung des Staates in besondere politische Teile anerkennen werde. Das Programm der Rus lautet: „Vollständige bürgerliche Gleichberechtigung, Achtung der Sprache, Religion und Sitte, jedoch im politischen Bereich, im Bereich des Staats-

interesses, — keine Sonderstellung, sondern die innigste Verschmelzung mit dem Kaiserreich, mit dessen künftigen slawischen Aufgaben . . .“

Die russische Herrschaft ist eine geschichtliche Er rungenschaft der Nation, die ihretwegen alles opferte, das Ergebnis ihrer Arbeit, die Opfer unzähliger Generationen. Die liberalsten russischen Denker: Tschitscherin, Gradowski, sogar Waldemar Solowjew waren verschiedene Regierungsanhänger. Sie kannten in dieser Hinsicht kein Schwanken und man muß dies vor allen Dingen verstehen, wenn man mit den Russen über die Beziehungen des Staates zu den Grenzlanden spricht.

Die Gedanken der Rus werden in russischen Briefen deutlich wiedergegeben und die Ansicht ausgesprochen, daß das Grundfak ist, von welchen die Russen niemals abgehen und auf alle Fragen mit einem entschiedenen non possumus antworten werden.

„Erstens, mit Rücksicht auf den konservativen nationalen Instinkt können wir dem Weichsellande nicht eine politische Autonomie geben, wenigstens solange nicht, bis die slawische Sache entschieden sein wird . . . Zweitens können wir nichts von dem ablassen, was wir zur endgültigen Russifizierung der Nord- und Südwestlande getan haben und wir ersuchen die Polen, ein für allemal diese Lande zu vergessen und alle diesbezüglichen Hoffnungen aufzugeben. Drittens wird, wiewohl wir bedauern, daß sich in unsere Verhältnisse der Rassenverwandtschaft der Unterschied des Glaubensbekenntnisses eingeschlichen hat, der Katholizismus bei uns doch nur eine geduldete Religion bleiben. Viertens werden wir es stets für nötig halten, daß die Polen die russische Sprache als Amtssprache lernen, aber wir sind der Ansicht, daß man den Polen nicht nur die Möglichkeit geben müsse, ihre Muttersprache zu lernen, sondern daß auch der polnische Sprachunterricht in den russischen Schulen eingeführt werden müsse.“

Im übrigen hält der Briefschreiber es für nötig, die Polen mit den Russen gleichberechtigt zu machen. Er ist sogar damit einverstanden, die Dezerbergesetze, welche die Rechte der Polen beim Grunderwerb in den westlichen Provinzen einschränken, zu beseitigen. Er weist dabei auf die realen Vorteile der Polen hin, wenn sie in politischer Eintracht mit den Russen auf dem gemeinschaftlichen Staatsgebiete lebten. Er ist der Ansicht, daß die Nationen heutzutage um die Gebiete wegen ihres zukünftigen ungeheuren wirtschaftlichen Wertes kämpfen. Rußland eroberte riesige Landkomplexe — nicht allein für die russische Nation, sondern für alle Volksstämme, welche dem russischen Staatsorganismus einverleibt sind oder noch einverleibt werden. Es ist dies ein unumschränktes Feld zur Arbeit, zu Unternehmungen, zur Erlangung des Wohlstands und des wirtschaftlichen Wohlergehens, welche den geistigen Fortschritt zur Folge haben. Das Gebiet des Kaiserreichs — bemerkt der Verfasser des Briefes — ist Gemeingut seiner Völker und deshalb müßten heute, wo der blutige Kampf in der Mandschurei geführt wird, diese Völker einsehen, daß Rußland im Interesse ihrer Zukunft kämpft. Der Briefschreiber besitzt ein bestimmtes politisches credo, er scheint jedoch kein Politiker zu sein. Wenn er es wäre, würde er vielleicht nicht so oft die Worte „niemals“ und „immer“ gebrauchen. Das sind höchst unpolitische Ausdrücke.

Eine Warschauerin schreibt ebenfalls einen Brief an die Rus. Sie wünscht von vornherein eine Vollmacht zur Gründung bürgerlicher Ortskomitees zur Unterstützung der Familien, deren Angehörige als Rekruten oder Reservisten zur Fahne einberufen wurden. Sie fügt hinzu, daß bei der im fernen Osten kämpfenden Armee sich ein bedeutender Prozentsatz Polen befände und daß die Rekrutenaushebung um so drückender für den polnischen Bauer sei, weil er nicht einmal wisse,

wohin er gehe und für was er kämpfe. Die Redaktion der *Rus* bemerkt zu dieser Stelle des Briefes der „*Warschauerin*“ folgendes:

Es könnte scheinen, daß der russische Bauer sich in einer günstigeren Lage befände: man lehrt ihn in der Schule viele Sachen, er weiß also, für was er kämpft. Die „*Warschauerin*“ befindet sich offenbar in grobem Irrtum. Was den Zweck anbelangt, dessentwegen die Polen kämpfen müssen, so werden die „*Warschauerin*“ und so wie sie denkende Leute die Antwort darauf im dritten Briefe finden.“

Dies ist eben der Brief, von dem wir vor einem Augenblick gesprochen haben und mit dessen Ausführungen sich in dieser Weise die Redaktion der *Rus* solidarisiert. Der Brief eines in den westlichen Provinzen ansässig gewordenen Urrussen, welcher als ein Ackerbau treibender Staatsbürger bei seinen polnischen Nachbarn sehr gute Aufnahme fand, lautet:

„Möge niemand glauben, ich hätte mir durch Erniedrigung Rußlands oder russischer Ideale billige Volksstimmlichkeit gewinnen wollen: ich weiß, wer ich bin, wer meine Vorfahren waren und ich werde weder mein Vaterland, noch mich selbst erniedrigen... Aber ich weiß auch, daß Aufrichtigkeit, Anstand und Vertrauen den Polen gegenüber mit ihnen Freundschaftsverhältnisse anknüpfen. Vertrauen! Versucht doch, den Einwohnern unseres westlichen Landes das Recht des Grunderwerbes, die Berechtigung zu den Ämtern, die adlige und ländliche Selbstverwaltung zu geben und ihr werdet die guten Folgen des Vertrauens sehen. Es werden selbstverständlich Mißverständnisse vorkommen, es werden kurzfristige und leicht erregte Geister in die Erscheinung treten, aber wir müssen mit der Mehrzahl rechnen...“

Drei Briefe von Geistlichen in einer Nummer, zwei sind litauisch, einer polnisch untergeschrieben. Der letztere besitzt Mut und Entschlossenheit.

„Wollt Ihr, daß wir uns mit dem gegenwärtigen Stande der Dinge ausöhnen, indem uns zum Lohne eine schönere Zukunft versprochen wird? Wir haben außer unserer Ehre nichts wegzugeben. Verlangt sie nicht von uns, denn wir können sie nicht aufgeben. Ihr selbst würdet uns verachten...“

Um unsere Verhältnisse kennen zu lernen, genügt es nicht, dieses oder jenes Buch durchzulesen. Man muß unter uns leben, in unserem Lande sich niederlassen und das herrschende System an eigener Haut fühlen. Seine Spitze ist auf dem Lande vorwiegend gegen den Geistlichen gerichtet. Der Geistliche steht geradezu außerhalb des Gesetzes, der Gnade und Ungnade der Semstwoächter und der Polizeisoldaten preisgegeben.

„Wenn ich mich drei Werst von Hause fortbegebe, wenn ich ohne Reisepaß die Nachbarparodie besuche, um dort die Beichte zu hören, wird sofort hiervon der Kreisnatschelnik in Kenntnis gesetzt und die Folge davon — eine Geldstrafe in Höhe von 12 Rubeln folgt auf dem Fuße. Jeder Geistliche ist bereit, für einen ständigen Reisepaß 25 Rubel zu zahlen. Doch daran ist nicht zu denken. Der Paß ist höchstens auf sechs Tage zu bekommen...“

Ein anderer Litauer, ein sehr geachteter und hochgebildeter Prälat — bemerkt die Redaktion der *Rus* — beschwert sich über die polnischen Ansprüche auf Litauen. Er greift weit in die Vergangenheit zurück. Die *Zubliner Union* bezeichnet er als die „berüchtigte“, er beklagt sich über das Unrecht, welches den Litauern *Czacki* und *Czartoryski* zur Zeit der *Wilnaer Universität* zugefügt hätten. Er meint, deren System habe die Litauer bis zu dem Grade polonisiert, daß, als nach vielen Jahren der *Wilnaer General-Gouverneur Murawjew* in *Wilna* ein Blatt für die Litauer heraus-

geben wollte, er keinen Redakteur finden konnte. Eine gewisse Abneigung gegen die Polen belebt jedes Wort in dem Briefe des „angesehenen Prälaten“, als ob die Polen jemals der litauischen nationalen Wiedergeburt Hindernisse in den Weg gelegt hätten, als ob sie jemals das Litauentum verfolgt hätten. Wir sehen wohl ein, daß die zu einem breiteren Leben erwachende litauische Nation bei dieser Wiedergeburt mit einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten kämpfen muß; wir sind jedoch der Ansicht, daß es für alle besser wäre, wenn sich der Kampf auf dem Grunde der Wirklichkeit, ohne ungerechtfertigte Voreingenommenheiten und ohne vorzeitige Anklagen abspielen würde. Den Wert des Nationalbewußtseins kennend, verstehen wir es auch bei den Litauern zu schätzen und wir haben in unserer Literatur kein Buch, keine Broschüre, welche ihnen die Existenzberechtigung absprächen. Im Gegenteil.

Aus Nr. 11 des *Przeglad Wszechpolski* (Krakau) vom November 1904:

Die Nationalliga und der Kampf um die Verfassung in Rußland.

Die in ihrer Entwicklung durch den japanischen Krieg beschleunigte innere Krisis im russischen Staate nimmt jetzt die Gestalt eines offenen Kampfes um die grundsätzliche Reform des Staatsorganismus — um die Verfassung an. In dem gegenwärtigen Augenblick bringt fast jeder Tag neue Tatsachen und sie gehören vorwiegend einer Kategorie an — es sind dies hauptsächlich gesetzmäßige oder in den Grenzen der Gesetzmäßigkeit sich haltende Kundgebungen der von der Regierung abhängigen oder wenigstens doch von ihr geduldeten Kollektivkörper und Organe der öffentlichen Meinung. Die Kongreßbeschlüsse der Semstwovertreter, die sich daran schließenden Kundgebungen in den Versammlungen der Petersburger und Moskauer Rechtsanwälté, Tausende von Telegrammen aus allen Gegenden Rußlands, welche ihre Solidarität mit diesen Beschlüssen und ihre Anerkennung für die Semtwos ausdrücken, die Erklärung der Versammlung der Adelsmarschälle in Moskau, die immer häufigeren und dreisteren, oft von hervorragenden Vertretern der russischen Gesellschaft herrührenden Preßartikel — dies alles gibt uns ein Bild einer breit angelegten, in ihren Mitteln gemäßigten, die Einhaltung der gesetzmäßigen Grenzen anstrebenden Aktion, deren Zweck darin besteht, die Regierung zum Betreten der Bahn ernster Reformen zu veranlassen. Die Kundgebungen sind so gemäßigt, daß in ihnen sogar der Ausdruck „Verfassung“ vermieden wird, obwohl die allgemein geforderten Reformen zu einem verfassungsmäßigen Organismus führen müssen. Außerdem ist die ungesetzmäßige, revolutionäre Aktion anscheinend verstummt, und wenn auch in gewissen Kreisen sich eine Gährung bemerkbar macht, so führt sie doch, mit wenigen Ausnahmen, nicht zu gewalttätigen Ausritten.

Dieser gemäßigte Charakter der politischen Aktion und Meinungskundgebung ist kein zufälliger.

Nach der Ermordung des Leiters der Regierungsreaktion, Plehwe, wurde an die Spitze des Ministeriums des Innern Fürst Swatopelk Mirski gestellt, welcher von vornherein sich für einen Anhänger des gemäßigt liberalen Regierungssystems erklärte. Er gab zu verstehen, daß er versuchen werde, falls er nicht auf Hindernisse stoßen, vielmehr seitens der Gesellschaft in seinen Bestrebungen unterstützt werde, den Weg der Reformen zu betreten. Darüber, wie weit seine Pläne gehen, wie weit sein Liberalismus reicht, kann heute wahrscheinlich niemand etwas näheres sagen. Die

Opposition jedoch und die revolutionären Elemente in Rußland halten es für politisch vernünftig, dem neuen Minister gegenüber eine abwartende Haltung einzunehmen, den gemäßigten Elementen gestattend, ruhig ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, um Rußlands neuem (nach Witte und Plehwe) „Manne der Vorsetzung“ die Bahnen zu weisen, die er betreten solle.

Es ist schwer zu sagen, wie lange die Periode der geordneten oder halbgeordneten Aktion dauern wird. Es ist mehr wie zweifelhaft, ob es dem Fürsten Mirski gelingen wird, Rußland ruhig auf den Weg gründlicher Reformen zu führen, und wenn dies auch sogar sein aufrichtiger Wunsch wäre. Hinter den Kulissen der russischen Regierung verbergen sich zu viele geheime und mächtige Triebfedern zur Erhaltung der Alleinherrschaft und der Bureaukratie, somit also der Blinderung und der Korruption; zu viele einflussreiche Persönlichkeiten sind dabei interessiert, als daß sich ein Minister, welcher die Alleinherrschaft einschränken, die Allmacht der Beamten kürzen und der Gesellschaft den Zutritt zur Kontrolle über die Staatsangelegenheiten verschaffen wollte, auf seinem Posten sehr sicher fühlen sollte. Jeden Augenblick können Telegramme in die Welt geschickt werden, welche seinen Sturz und die Rückkehr zu dem Regierungsterrorismus selbst den gemäßigtesten Meinungsäußerungen gegenüber verkünden.

Dann kommt die Reihe an die scharfe Opposition und an die revolutionäre Aktion.

In der Voraussetzung des nahe bevorstehenden Augenblicks, in welchem diese Aktion wird entwickelt werden müssen, müssen die oppositionellen und revolutionären Elemente sich auf sie vorbereiten, um in der Lage zu sein, sofort loszuschlagen, wenn die Reaktion in der Regierung eintritt. Andererseits würde es von großem Nachteil sein, wenn die reaktionären Elemente im Staate, das Nachlassen des Kampfes in schärferen Formen bemerkend, meinen sollten, dieses sei die Folge der Schwächung der revolutionären Bewegung, denn das würde sie nur zur Unterdrückung der jetzt in die Erscheinung tretenden gemäßigten Opposition anspornen. Es wäre auch nicht gut, wenn die russische Gesamtbevölkerung den Eindruck gewinnen sollte, daß die Oppositionsbewegung in Rußland sich in heute schon sichtbare, mildere Formen eingeschlossen hätte. Es ist nötig, daß man weiß, daß die entschieden oppositionellen und revolutionären Elemente jeden Augenblick zum Kampfe gegen den Absolutismus bereit sind, daß der heutige Tag nur einen Waffenstillstand bedeutet und der Kampf wieder aufgenommen wird, sobald die Regierung sich als eine entschiedene Gegnerin der Reformen erweist.

Vorstehende Rücksichten veranlaßten die Einberufung einer Konferenz der oppositionellen und revolutionären Organisationen im russischen Reiche, welche unlängst in Paris stattfand und deren Ergebnis Beschlüsse sind, welche wir an anderer Stelle veröffentlichen.

Die Anregung zu dieser Konferenz ging von einigen Mitgliedern der finländischen Opposition aus, und außer der finländischen Partei des aktiven Widerstands beteiligten sich an ihr die beiden wichtigsten russischen Organisationen, namentlich die der Verfassungsmänner, der Befreiungsvereine und die sozialdemokratische Revolutionärspartei, die preußische und armenische Partei, die polnische Sozialistenpartei, endlich — die Nationalliga.

Die Gründe, auf welche sich die Beteiligung der Nationalliga an der vorerwähnten Konferenz stützte, wurden ausführlich in dem in der vorigen Nummer unseres Blattes wiedergegebenen Berichte des Zentralkomitees angeführt.

In dem Augenblick, wo auf dem Gebiete des russischen Reiches ein Kampf stattfindet, dessen Ausgang sich direkt dem Schicksal unserer Nation fühlbar machen wird, hielt die Liga vor allen Dingen es für ihre Pflicht, dieses Gebiet kennen zu lernen, sich in den Kräften zu orientieren, welche heute gegen die Regierung des Zaren frondieren. Andererseits liegt der Sturz des jetzigen Regierungssystems in Rußland so sehr in unserem Interesse, daß es schwer fällt, die aus der Annäherung an die Oppositions-Elemente im Staate, ja sogar die aus der in den Grenzen der Möglichkeit liegenden Mitwirkung mit ihnen hervorgehenden Vorteile nicht zu sehen. Diese Grenzen sind wenigstens vorläufig keine weitgehenden, doch hat die Anregung zu dieser Konferenz und gemeinsamen Erklärung gegen den Absolutismus die erste Gelegenheit zu dieser Mitwirkung geboten. Dies wird nicht ohne Erfolg bleiben, denn jetzt, wo die Reformbewegung an Spannung zugenommen und dadurch sich die Empfindlichkeit der russischen öffentlichen Meinung vergrößert hat, wird die Erklärung der im Staate wichtigsten bekannten politischen Organisationen einen mächtigen Einfluß auszuüben nicht verfehlen. Falls jedoch die Regierung den Weg der scharfen Reaktion betreten sollte, wird dies das stärkste Agitationsmittel sein, um alle im Staate vorhandenen rührigen Elemente zu einem energischen Kampfe gegen die Alleinherrschaft anzuregen.

Von allen an der Konferenz beteiligten Organisationen hatte wahrscheinlich die Nationalliga die größten Schwierigkeiten bei der gegenseitigen Verständigung wegen der gemeinschaftlichen Mitwirkung zu bekämpfen. Einerseits steht sie, wegen ihrer politischen Richtung von allen am weitesten da, andererseits unterscheidet sich auch ihre Methode des Handelns von den anderen. Die Liga will aber weder ihre politische Richtung, noch die Methode ihres Handelns Nebenrücksichten anpassen, welche nicht direkt aus der Lage der Dinge in Polen entspringen.

Die Aufrechterhaltung jedoch einer ziemlich engen Fühlung in einem für alle Staatsbürger so wichtigen Augenblick ist jetzt für uns sowohl, als auch für die anderen nichtrussischen Nationalitäten und auch für die russische Opposition von ungeheurer Tragweite. Wertvoll ist allein schon die gegenseitige Information über die allgemeine Sachlage und über jede einzelne Handlung, sowie die Möglichkeit der Koordinierung dieser Handlungen zu bestimmten Zeiten zwecks Erreichung eines größeren Erfolges, ganz abgesehen von den unvorhergesehenen Fällen der Mitwirkung, welche infolge der Zuspitzung der gegenwärtigen Krisis eintreten können. Es mußte also ein gemeinschaftlicher modus vivendi gefunden werden, welcher die polnische Organisation durch nichts einschränkte, welcher ihr gestattete, Fühlung mit anderen Elementen, ohne irgendwelche Änderung in dem System ihrer politischen Tätigkeit, zu erhalten. Denn wiewohl die nahe Zukunft eine radikale Änderung in diesem System fordern kann, so liegt wenigstens zur Zeit in dieser Hinsicht kein Bedürfnis vor.

Andererseits könnte die Liga, in der Annahme, daß der Sturz des jetzigen Regierungssystems für die polnische Sache von größter Bedeutung sei, niemals ihre Kräfte zu einem direkten Kampfe um die allgemeine Verfassung im Staate zur Verfügung stellen. Die polnischen Landesteile, insbesondere Kongresspolen, sind nicht nur von nichtrussischer, andere Kulturbedürfnisse habender Bevölkerung bewohnt, sondern sie sind Länder, welche eine den russischen Überlieferungen fremde Staatsgeschichte und den Russen fremde politische Bedürfnisse haben. Diese Bedürfnisse wird keine, selbst nicht die beste russische Verfassung befriedigen können,

denn über sie werden vor allen Dingen die Russen selbst entscheiden und diese würden selbst beim besten Willen nicht im stande sein, diese Bedürfnisse vollständig zu verstehen und zu begreifen. Aufgabe der Nationalliga ist daher nicht der direkte Kampf um die allgemeine russische Verfassung, sondern um die Rechte der polnischen Nation, um die autonome Sonderstellung unseres Landes. Die Erreichung dieser Ziele ist ohne eine allgemeine verfassungsmäßige Reform in Rußland nicht möglich, und daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß wir uns mit der allgemeinen Verfassungsbewegung in's Einvernehmen setzen. Die allgemeinen konstitutionellen Errungenschaften jedoch bilden für uns gewissermaßen den Hintergrund des Kampfes, auf dem wir unser Ziel — die politische Sonderorganisation der polnischen Lande — erblicken.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, beschloß die Liga, auf keine Verpflichtungen in Betreff der direkten Beteiligung an dem Kampfe um die allgemeine Reform des Staatsorganismus, welche den russischen Parteien überlassen wird, einzugehen. Sie beschränkt ihre Aufgabe auf den Kampf auf polnischem Grund und Boden und ist der Ansicht, daß, je weiter der Kampf um die Freiheit in Rußland um sich greift, um so weiter wir in unseren Zielen gehen werden. Die Liga konnte sich auch in ihrer Stellung den anderen Parteien gegenüber nicht zu irgend etwas verpflichten, ihre Haltung muß stets davon abhängen, wie sich diese Parteien unserer Nationalsache gegenüber verhalten. Dies bezieht sich ebensogut auf die russischen Parteien, als auch auf die polnische Sozialistenpartei, welche sich an der Konferenz beteiligte.

Da man nicht die Absicht hatte, irgend etwas zu leisten, wurde gleichzeitig beschlossen, keine Erklärungen für Polen seitens der russischen Parteien zu fordern. Es ist Sache der russischen Parteien, das zu tun, was sie für Rußland nötig halten, für das, was uns nützt, werden wir selbst sorgen, wir werden selbst darum kämpfen.

Diese Sachlage erleichterte es den Vertretern der Nationalliga in der Pariser Konferenz, sich an der Erklärung der Oppositions- und Revolutions-Organisation zu beteiligen. Sie schlossen sich den russischen Beschlüssen an und gaben nur darauf Acht, daß sich in ihnen nichts befände, was den Bestrebungen der polnischen Organisation zuwiderläuft. Die speziell polnische Sache brachten sie nicht einmal in die allgemeine Debatte hinein, indem sie der Ansicht waren, daß deren Erörterung in einer solchen Versammlung vollständig zwecklos wäre. Sie schlossen sich der Erklärung an, um durch ihre Beteiligung deren Bedeutung und deren Einfluß auf die Kreise zu erhöhen, für welche sie bestimmt ist.

Unserer Ansicht nach müssen wir auf die vorerwähnte Stellung besonderes Gewicht legen. In unserer Gesellschaft herrscht allgemein die Neigung, auf eine günstige Schicksalswendung zu rechnen, welche von außen, durch Vermittelung anderer, unabhängig von unseren eigenen Bemühungen erfolgen kann. Verartige Hoffnungen wurden auch von russischer Verfassungsbewegung wachgerufen und es ist möglich, daß manche Leute geneigt sein werden, die Pariser Beschlüsse als eine eventuelle Begründung dieser Hoffnungen zu betrachten.

Wir müssen nämlich wissen, daß falls auch die Hoffnungen auf eine gründliche Staatsreform in Rußland nicht eitel sein sollten, falls sie auch in naher oder fernerer Zukunft erreicht werden sollte — diese Tatsache vor allen Dingen alle unsere Kräfte in dem Kampfe um unsere Rechte fordern würde. Diesen Kampf müssen wir jetzt führen, ihn entsprechend den Fortschritten der russischen Krisis zuspitzen und uns darauf vorbereiten, im entscheidenden Augenblicke alle unsere Kräfte ihm zur Verfügung zu stellen. Denn nur dann werden wir das erreichen, was uns, als einer politisch und kulturell selbständigen Nation, zum Leben heute und zur Entwicklung in der Zukunft nötig ist.

